Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1925

24.1.1925 (No. 24)

Visual Library

Nummer 24 — Karlsruhe, Samstag, den 24. Januar 1925 — 63. Jahrgang

Badischer Beobachter

Erscheint einmal täglich, auch Sonntags (als Morgenblatt). Beilagen. „Blätter für den Familientisch", „Kunst und Wissen" „Frauenrundsch u" und „Sterne und Blumen". Schluß der Anzeigen-Annahme: nachm. halb 6 Uhr. — Drahtadr. Beobachter. — Postscheckkonto Amt Karlsruhe 4844. Fernspr.: Geschäftsstelle 535, Redaktion 572. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bezugspreis: monatl. durch Träger Mk. 2.30 (bei der Abholstelle in Karlsruhe Mk. 2.20), wöchentl. Einzelnummer 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf der Monatsschluß erfolgen. Anzeigenpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Reklamenteil 25 Pfg. Kleine und Familien-Anzeigen 5 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsweiser Betreibung und bei Konkurs wegfällt.

Rücktritt der preußischen Regierung.

Der Mißtrauensantrag angenommen.

Berlin, 23. Jan. Bei der Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen Ministerpräsident Braun, Innenminister Severing und Handelsminister Siering wurden im ganzen 439 Stimmen abgegeben. Dafür stimmten 221, dagegen 218 Abgeordnete. Präsident Bartels erklärt den Antrag für angenommen, hebt aber hervor, daß die verfassungsmäßige Mehrheit nicht erreicht sei. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Von einem kommunistischen Abgeordneten wird unter schallender Heiterkeit der Rechten auf dem Platz des Ministerpräsidenten ein grüner Kranz niedergelegt.

Abg. Koch-Oenhausen (dnatl.) erklärte, er spreche die Erwartung aus, daß das Kabinett aus dieser Abstimmung die Konsequenzen mit der gebotenen Schnelle ziehen werde.

*

Berlin, 23. Jan. Die Abstimmung über die einzelnen Minister wurde getrennt vorgenommen. Ministerpräsident Braun, Innenminister Severing und Handelsminister Siering wurden in einer Abstimmung erledigt. Es wurde zunächst darüber abgestimmt, ob dem Kultusminister das Vertrauen entzogen werden solle. Der Antrag wurde mit 220 gegen 217 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis wurde von der Rechten mit stürmischem Beifall aufgenommen. Daran schloß sich die Abstimmung über Finanzminister Braun und die anderen Minister mit dem bekannten Ergebnis.

*

Berlin, 23. Jan. Das Büro des Landtages hat festgestellt, daß bei der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag nicht Stimmengleichheit herrschte. Es wurden nicht 442, sondern 441 Stimmen abgegeben. Davon haben mit Ja gestimmt 221, mit Nein 220. Der Mißtrauensantrag ist also angenommen worden.

Stürmischer Schluß der heutigen Landtagssitzung.

Berlin, 23. Jan. Am Schluß der heutigen Landtagssitzung kam es zu ungeheuren Tumultszenen. Die Worte des Präsidenten über die Tagesordnung der nächsten Sitzung gingen im Lärm unter. Als der Präsident seinen Sitz verlassen hatte, übernahm der kommunistische Abgeordnete Pieck unter tobendem Beifall seiner Fraktion den Vorsitz. Es wurde ein Hoch auf die Internationale ausgebracht, in das auch von der Tribüne eingestimmt wurde.

Der Entschluß der preußischen Regierung.

Berlin, 23. Jan. Wie die Telegraphen-Union von amtlicher preußischer Seite erfährt, hat Ministerpräsident Braun dem Präsidenten des Preußischen Landtages in einem kurzen Schreiben Mitteilung von dem Rücktrittsbeschluß des Kabinetts gemacht. Der Rücktritt ist dem Kabinett von der Mehrheit der Beteiligten an den heutigen interfraktionellen Besprechungen nahegelegt worden.

Zur Besprechung der Lage hat Landtagspräsident Bartels den Aeltestenrat für Samstag vormittag 11 Uhr einberufen. Der Präsident beabsichtigt, dem Aeltestenrat vorzuschlagen, Anfang nächster Woche eine neue Sitzung abzuhalten, die den Tag für die Neuwahl des Ministerpräsidenten festsetzen soll.

Die preußische Regierungskrise.

(Eigener Drahtbericht.)

I. H. Berlin, 23. Jan. Im Reichstag ging es heute verhältnismäßig ruhig zu. Um so lebhafter verlief die Sitzung des preußischen Landtags, die das Schicksal des Kabinetts Braun bestimmen sollte. Die Verhandlungen im preußischen Parlament wurden namentlich von den äußersten Flügelparteien mit einer Leidenschaftlichkeit geführt, wie man sie kaum je feststellen konnte. Die Parteileidenschaft feierte heute wahre Triumphe; der staatspolitische Gedanke dagegen war offenbar bei gewissen Parteien vollkommen verschwunden. Das betrübendste an der Tagung im preußischen Landtag ist wohl die Tatsache, daß die Volkspartei heute die ganze Arbeit der großen Koalition, an der auch die Deutsche Volkspartei in den letzten 3 Jahren führenden Anteil hatte, in Grund und Boden verdammte. Nicht minder betrüblich und vom Standpunkt jedes anständigen verantwortungsbewußten Politikers, welcher Partei er auch immer angehören möge, zu verurteilen, ist weiter die Tatsache, daß der Sprecher der kommunistischen Partei bei seinem wiederholten Auftreten immer wieder von dem grenzenlosen Jubel der Rechtsparteien getragen wurde. Zwar brachten auch die Abstimmungen, bei denen sich die Rechtsparteien im gemeinsamen Ansturm gegen die preußische Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien mit den Kommunisten zusammen taten, nicht das Ergebnis, das man durch die volksparteilich-kommunistische Verbrüderung erreichen wollte. Keine der heutigen Abstimmungen hat die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit auf die Beine bringen können, die erforderlich ist, um das preußische Kabinett zu stürzen. Danach hätte also verfassungsmäßig das Kabinett Braun ruhig im Amte bleiben können. Das Kabinett hat sich jedoch anders entschlossen und ist bereits zurückgetreten. Nach Lage der Verhältnisse, wie sie sich gestern im preußischen Landtag entwickelt haben, wird man diesen Rücktrittsbeschluß des preußischen Kabinetts durchaus würdigen müssen. Man kann es der Regierung Braun nicht verdenken, daß sie sich nicht der Gefahr aussetzen will, im Landtag durch eine Zufallsmehrheit an einem beliebigen Tage gestürzt zu werden. Nach dem Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der bisherigen Koalition, hat das Kabinett Braun bis zum heutigen Tage die Staatsgeschäfte verantwortlich geführt, weil es nach den Erfahrungen im Reich eine wo möglich wochenlange Krise vermeiden wollte. Wenn die Rechtsparteien in gemeinsamer Front mit den Kommunisten an ihrer parteipolitischer Verranntheit heute so weit gegangen sind, daß sie die akute Krise mit Gewalt herauf beschworen haben, so trifft hiefür in erster Linie die Deutsche Volkspartei die Schuld. Die Deutsche Volkspartei wird also den Weg aus dieser Krise zeigen müssen.

Wie die Lösung gefunden werden soll, ist nicht abzusehen. Das preußische Zentrum jedenfalls verspürt keine Lust, sich von der Deutschen Volkspartei seine Haltung vorschreiben zu lassen. Das preußische Zentrum hat bis zum Schluß verantwortungsbewußt seine Pflicht getan. Man hat, soweit wir unterrichtet sind, in der Fraktion des preußischen Zentrums keine Neigung, sich den volksparteilichen Machtbestrebungen willfährig zu zeigen. Das preußische Zentrum wird jedenfalls zunächst Gewehr bei Fuß stehen und abwarten, wie die Deutsche Volkspartei die von ihr leichtsinnig heraufbeschworene Krise zu meistern gedenkt.

Im Anschluß an die Plenarsitzung des Landtags traten die Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten zu einer Besprechung zusammen. Ein Beschluß wurde zwar nicht gefaßt, doch herrschte bei dieser interfraktionellen Besprechung die Meinung vor, daß nach dem Vorgang des heutigen Landtags die Regierung Braun demissionieren solle. Das Kabinett Braun reichte darauf seine Demission ein. Nach der Rücktrittserklärung trat der Aeltestenrat zusammen, und beauftragte das bisherige Kabinett mit der Wahrnehmung der Geschäfte, bis zum Wiederzusammentritt des Landtags. Weiter wurde mitgeteilt, daß der Landtagspräsident Bartels den Aeltestenrat Samstag 11 Uhr erneut einberufen habe, da beabsichtigt ist, den Landtag nicht wie vorgesehen am 3. Februar, sondern bereits für die nächste Woche einzuberufen, damit die Neuwahl des Ministerpräsidenten erfolgen kann.

Die deutsche Antwort überreicht.

Paris, 23. Jan. Die deutsche Antwort auf die französischen Vorschläge vom 17. Januar wurden heute ½12 Uhr im französischen Handelsministerium überreicht. Das Schriftstück umfaßt drei Schreibmaschinenseiten und enthält die Bitte um Klärung gewisser Punkte des französischen Memorandums, ohne daß deutsche Gegenvorschläge formuliert werden. Die deutsche Delegation wird nach Erhalt der erbetenen Auskünfte zu den Vorschlägen Raynaldis endgültig Stellung nehmen. Man rechnet in zuständigen deutschen und französischen Kreisen stark mit einer Wiederaufnahme der Besprechungen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. Jan. Am Regierungstisch Justizminister Frenken. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Min. Zunächst erfolgt die 3. Beratung des deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeit und Optionsfragen.

Abg. Kobe (Nat.Soz.) lehnt die Vereinbarung ab; wieder seien 30 000 kleinbäuerliche Besitzer deutschen Stammes von der polnischen Regierung ausgewiesen worden. Der Redner beantragt die Zurückverweisung der Vorlage an den Auswärtigen Ausschuß.

Abg. Frhr. v. Freytag-Loringhoven (dnatl.) stellt fest, daß der Vertrag für uns sehr ungünstig sei. Die Materialien lassen erkennen, daß unsere Diplomatie der polnischen nicht gewachsen war. Der Vertrag gebe den Polen zahlreiche Möglichkeiten zu Schikanen. Der Redner fordert Repressalien gegen Polen. Polen sei unser Feind, vielleicht in noch höherem Grade als Frankreich. Es sei wirtschaftlich schwer erschüttert und von Parteikämpfen zerrüttet. Wir müssen den Deutschen in Polen die Treue halten.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.) hält eine Ablehnung des Antrags für unverantwortlich und fordert ein Fremdenrecht.

Abg. Frhr. v. Rheinbaben (Dt. Vp.) gibt zu, daß der Vertrag durchaus unbefriedigend sei, und zwar infolge unserer Ohnmacht. Die Reichsregierung sollte in Verbindung mit den preußischen Maßnahmen der weiteren Ausdehnung des Polentums an der deutschen Grenze Einhalt gebieten. Wir müssen zu einer praktischen Verständigung mit Polen kommen, wir lehnen aber entschieden jede Verständigung ab, die von polnischer Seite als militärische Verbindung mit Frankreich anzusehen ist.

Nachdem Staatssekretär Lewald eine Denkschrift über die Verhandlungen zu diesem Vertrag angekündigt hat, wird der Antrag auf Rückverweisung des Abkommens abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Es folgt dann die erste Beratung des

Handelsabkommens mit Spanien.

Verbunden damit wird ein volksparteilicher Antrag auf Einsetzung eines besonderen handelspolitischen Ausschusses. Abg. Weidenhöfer (Nat.Soz.) lehnt den Gesetzentwurf ab. Der volksparteiliche Antrag auf Einsetzung eines besonderen handelspolitischen Ausschusses wird angenommen. Diesem Ausschusse wird sofort das deutsch-spanische Handelsabkommen überwiesen.

Der sofortigen Erledigung der Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenfürsorgesätze wird von dem Abg. Dr. Moldenhauer (Dt. Vp.) widersprochen. Zur Verhandlung gestellt wird jedoch der Antrag des sozialen Ausschusses, die Fürsorge für erwerbslose Seeleute auch auf die in der Hochseefischerei, soweit sie nicht offenbar als Saisonarbeit zu betrachten ist, beschäftigten Seeleute auszudehnen. Auf Wunsch verschiedener Parteien zieht der Abg. Dr. Moldenhauer seinen Einspruch gegen eine allgemeine Behandlung der Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge zurück. Nach dem Wunsch des Ausschusses fällt die Spanne der Unterstützungssätze zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen weg. Es entspinnt sich eine ausgedehnte Auseinandersetzung, in deren Verlauf der kommunistische Abg. Höllein einen Ordnungsruf erhält, weil er einem anderen Abgeordneten Größenwahn vorwarf. Ministerialdirektor Zweigert stellt fest, daß die Regierung bereit sei, auf Grund der bestehenden Verordnungen die Unterstützungssätze vom 8. Februar ab zu erhöhen. Bedenken bestehen nur gegen die Gleichstellung der Sätze für Männer und Frauen.

Nach längerer Aussprache werden die Anträge des Spezialausschusses zur allgemeinen Erhöhung der Sätze für die Erwerbslosen einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Abg. Dittmann erhebt Einspruch gegen die beabsichtigte Vertagung des Hauses auf mehrere Tage. Der Reichstag dürfe nicht auseinandergehen, nachdem er endlich einmal eine Regierung habe. (Zurufe rechts: „Die Regierung muß doch endlich einmal arbeiten können.") Abg. Schultz-Bromberg (dnatl.) hält eine Pause für erforderlich. Abg. Leicht (Bayer. Vp.) erklärt, es sei ganz richtig, daß das deutsche Volk vom Reichstag Arbeit verlange. Es sei aber zweifelhaft, ob diese Arbeit nur im Reden bestehen solle. (Lebhafter Beifall.)

Der Reichstag beschließt darauf, am Dienstag, den 3. Februar, die nächste Sitzung abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht eine kommunistische Interpellation über die Fürsorgepflicht. Schluß 5 Uhr 45 Min.

Dr. Luther stellt sich dem Reichsrat vor.

Berlin, 22. Jan. Zu Beginn der heutigen Vollsitzung des Reichsrats stellte sich Reichskanzler Dr. Luther vor und richtete einige Begrüßungsworte an den Reichsrat. Er versicherte, daß seine Zusagen in der Regierungserklärung über das Verhältnis des Reiches zu den Ländern in vollem Umfange innegehalten werden sollen. Der preußische Staatssekretär Weismann erwiderte im Namen des Reichsrats und sprach die Hoffnung aus, daß sich das Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und dem Reichsrat im Interesse des Vaterlandes vertrauensvoll gestalten möge. — Den Vorsitz des Reichsrates übernahm darauf Innenminister Schiele, der gleichfalls einige Begrüßungsworte an die Ländervertreter richtete und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Verhandlungen des Reichsrats von dem einheitlichen Gedanken getragen würden, der letzten Endes der echt vaterländische sei. — Der Reichsrat erledigte dann einige kleinere Vorlagen, von denen nur die Annahme des Kabelpfandgesetzes von Interesse war. Es wurde betont, daß zur Herstellung neuer deutscher Kabelverbindungen der Kapitalmarkt des In- und Auslandes in Anspruch genommen werde. Das Kapitalgesetz, das die Möglichkeit der Verpfändung ohne Besitzübertragung schaffen sei notwendig, um für die aufgebrachten Gelder die nötige Sicherheit zu bieten.

Zum Abstimmungsergebnis.

Berlin, 22. Jan. Das Abstimmungsergebnis bei den einzelnen Parteien stellt sich wie folgt:

Von den Sozialdemokraten fehlten 9 Abgeordnete. Alle übrigen 122 stimmten mit „Nein". Von den Deutschnationalen fehlten 3 Abgeordnete, die übrigen 109 stimmten mit „Ja". Vom Zentrum fehlten folgende 14 Abgeordnete: Dr. Bolsch, Diez, Gerig, Giesberts, Groß, Dr. Höfle, Hofmann (Ludwigshafen), Joos, Lange-Hegermann, Schlack, Schwarz (Frankfurt), Sonner, Frau Teusch und Tremmel. Der Stimme enthalten haben sich die 3 Abgeordneten Knoll, Koch (Essen) und Röder. Mit „Nein" stimmten Imbusch und Dr. Wirth. Alle übrigen 50, darunter der frühere Reichskanzler Marx stimmten mit „Ja". Von der Deutschen Volkspartei fehlte nur Dr. Zapf, alle übrigen Abgeordneten stimmten mit „Ja". Von den Demokraten fehlten die 5 Abgeordneten Korell, Lemmer, Schücking, Schultz und Wieland, die übrigen 27 enthielten sich der Stimme. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung fehlte nur ein Abgeordneter; die übrigen 20 stimmten mit „Ja". Ebenso stimmte die Bayerische Volkspartei mit ihren sämtlichen 19 Mitgliedern mit „Ja". Von den Nationalsozialisten fehlten fünf Abgeordnete; die übrigen 9 enthielten sich der Stimme.

Das Pariser Echo zur Reichstagsabstimmung.

Paris, 23. Jan. Das gestrige Vertrauensvotum im Reichstag erregt hier infolge der überraschend großen Mehrheit berechtigtes Aufsehen. Dr. Luther hat nach dem „Petit Parisien" einen glänzenden Sieg errungen. „Echo de Paris" sieht darin eine politische Eroberung. Das sozialdemokratische Regime habe mit dem gestrigen Tage ein ruhmloses Ende gefunden. Der 22. Januar sei aus diesem Grunde das denkwürdigste Datum in der Geschichte des neuen Deutschen Reiches. Das alles lasse darauf schließen, daß die Rechtsparteien die Zügel fest in der Hand haben und auf lange Zeit hinaus am Ruder bleiben werden. Daß die Demokraten sich der Abstimmung enthielten und die Sozialdemokraten gegen das Kabinett stimmten, ändere nichts an der Lage der Dinge. Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris" weiß zu melden, daß Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, der sich zur Zeit in Paris aufhält, Herriot über die neue politische Situation in Deutschland unterrichtet habe. Die Pariser Linkspresse enthält sich vorläufig jeglichen Kommentars.

Der russisch-japanische Vertrag.

Berlin, 23. Jan. Die „Voss. Ztg." meldet aus Moskau: Die einzelnen Bestimmungen des russisch-japanischen Vertrages sehen vor: 1. Volle Anerkennung der Sowjetregierung, 2. Räumung von Nordsachalin durch Japan, 3. Ueberlassung einer Konzession an den Naphtafeldern und Steinkohlenvorkommen an der Ostküste Sachalins in Höhe von 50 Proz. an Japan, 4. Bezahlung einer Konzessionspacht Japans von 8 Prozent der Bruttokohlenförderung und bis 15 Prozent der Rohölausbeute, 5. Stundung der Schuldenfrage und sonstiger Konzessionsfragen bis zum Abschluß besonderer Zusatzverträge. — Am 12. Januar haben in Kabul russisch-afghanische Handelsvertragsverhandlungen begonnen.

London, 23. Jan. Aus Tokio wird gemeldet: Der Abschluß des russisch-japanischen Vertrages findet allseitige Billigung und wurde formell bereits in den Reden des Ministerpräsidenten und des Außenministers verkündet. Graf Kato sagte: Wir können uns sehr beglückwünschen, daß die Grundlagen zur Herstellung diplomatischer Beziehungen nunmehr gegeben sind.

Gegenreformation in Baden?

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Die konfessionelle Zerklüftung in unserm Vaterland nimmt immer mehr zu. Dafür sorgt vor allem der Evangelische Bund. In der „N. Tägl. Rundschau", redigiert von D. Doehring, der die bekannte Haßpredigt zur Eröffnung des Reichstags und preußischen Landtags im Berliner Dom gehalten hat, weiß ein Pfarrer Goldschmitt-Rinklingen (Baden) „allerlei Gegenreformatorisches aus Baden" zu berichten. Man muß schon sagen, es ist reichlich ärmlich, was er hier an Material für die angebliche „Gegenreformation" vorzubringen weiß. Wenn das alles ist, was der Artikel zu berichten weiß, so ist der Beweis erbracht, daß derartige Anwürfe unberechtigt sind und daß solche Befürchtungen lediglich in der Phantasie gewisser Kreise existieren, die nun einmal ohne fortgesetzten Kampf gegen den Katholizismus in Baden nicht leben können.

Worin besteht diese Gegenreformation in Baden?

Katholische Stick- und Nähschulen finden dann willkommenen Zulauf evangelischer Mädchen, besonders auf dem Lande. In Stadt und Land aber sorgt eine, dem wirklichen Kenner der Verhältnisse schier unbegreifliche tief eingewurzelte Suggestion, als ob katholische Schwestern am Krankenbett Besseres leisten, für den Zuzug katholischer Schwestern an evangelische Krankenbette. Ist zugegebenermaßen dann auch nicht in jedem Fall Proselytenmacherei zu befürchten, so ist sie doch auch nicht von der Hand zu weisen, wo sie Erfolg verspricht. Und ein Erfolg ist es schon, wenn eine bestimmte Anzahl evangelischer Mitglieder die Mitgliederliste eines katholischen Krankenvereins „zieren".

Wie mans macht, ist es diesen Kreisen nicht recht. Gestattet man evangelischen Mädchen den Zutritt zu diesen Näh- und Stickschulen, so ist die „Gegenreformation" auf dem Marsche; gestattet man den Zutritt nicht, so ist nach der Auffassung des Pfarrers Goldschmitt im selben Artikel „wo immer ex cathedra gesprochen wird, alles Simultane und alles sich mit dem Protestantismus Berührende von dem Teufel und der Pest!" Man sieht, es kommt hier darauf an, um jeden Preis gegenreformatorische Gespenster zu suchen, wenn man auch zugeben muß, daß Proselytenmacherei „nicht in jedem Fall zu befürchten ist". Das ist übrigens sehr schlau formuliert. Als weiteren Beleg für die Gegenreformation erzählt Pfarrer Goldschmitt, daß der vor 10 Jahren verstorbene (!) Seminarprofessor Albrecht Thoma seiner Zeit nicht zum Leiter des Evangelischen Lehrerseminars I in Karlsruhe berufen worden sei. Wie unhaltbar derartige Aufstellungen sind, geht doch aus der Tatsache hervor, daß damals die Katholiken in der Staatsverwaltung so viel wie gar keinen Einfluß hatten und selbst auf das Schwerste unter der Zurücksetzung zu leiden hatten.

Viel schrecklicher ist allerdings eine andere Rekrimination, die der evangelische Herr Pfarrer Goldschmitt in Rinklingen vorzubringen hat. Das Karlsruher Gymnasium, „einst Gymnasium illustre genannt und von einem Johann Peter Hebel geleitet, hat schon seit einigen Jahren katholische Leitung, schon vorher durften dort geweihte Priester Deutsch und Geschichte bis in die Oberprima unterrichten". Das ist ja ganz furchtbar, ein katholischer Gymnasiumsdirektor in der Stadt Karlsruhe, in der es doch auch viele Tausende von Katholiken gibt. In diesen Kreisen hat man eben für Parität den Katholiken gegenüber absolut kein Verständnis. Warum stellt man nicht fest, wieviele evangelische Direktoren und Professoren in rein katholischen Gegenden angestellt worden sind. Von unserer Seite hat man sich allerdings hier jeder engherzigen intoleranten Beurteilung enthalten, während Pfarrer Goldschmitt glaubt feststellen zu können, daß in vorwiegend evangelischen Städten und Städtchen das Lehrerpersonal in katholischer Mehrzahl ausgesucht sei. Hier müßte erst einmal der Beweis für die Behauptung erbracht werden und zwar, daß im ganzen genommen eine Imparität vorliege. Warum aber, so müssen wir fragen, soll ein „geweihter Priester", der durch seine Examina sein Wissen und Können nachgewiesen hat, nicht Deutsch und Geschichte geben können? (Hier handelt es sich um einen Fall von politischem Atavismus. In der nationalliberalen Aera in Baden wurden zwar so und so viele protestantische Theologen an Mittelschulen als Lehrer für Deutsch und Geschichte zugelassen; niemals aber ein katholischer. Und das in dem zu etwa 60 Prozent katholischen Baden! D. Schr.) Hier bekommt man den Eindruck, daß mancherorts die konfessionellen Scheuklappen eine gerechte Toleranz immer noch nicht aufkommen lassen wollen.

Herr Pfarrer Goldschmitt stellt weiterhin mit Entsetzen fest, „wenn sich in irgendeinem, seit Jahrhundert nicht mehr besiedelten Klosteranwesen wieder Mönche niederlassen, so kann es bei einer solchen Feier geschehen, daß der Vertreter der Regierung seine ganz besondere Freude auszusprechen für nötig findet, nicht nur der katholische Zentrumsminister, sondern — es macht sich ja gut! — auch ein sich evangelisch nennender Oberamtmann, jetzt Landrat betitelt". Die Haltung des evangelischen Oberamtmanns beweist nur das eine, daß Pfarrer Goldschmitts Auffassung nicht mit der des evangelischen Volkes in Baden identifiziert werden darf. Es gibt, Gott sei Dank, weite evangelische Kreise, die so tolerant denken wie der evangelische Landrat und in der stillen, caritativen und religiös erbauenden Tätigkeit katholischer Ordensleute noch keine „Gegenreformation" erblicken.

Völlig unverständlich ist es, was Pfarrer Goldschmitt meint, wenn er schreibt: „Zentrum ist Trumpf! Und wehe etwa dem Pfarrer, der nicht in dieses Horn bläst! Ein Fall ist bekannt, wo ein solcher in eine abgelegene Stelle verstoßen wurde, weg von dem Platze, da er, ein besonders begabter ehemaliger Divisionspfarrer, zur Verwaltung hingesetzt ward." Hier tut Aufklärung unbedingt not. Heraus mit der Sprache! Zwischen den Zeilen wird durch diese Ausführungen eine ganz unglaubliche Verdächtigung ausgesprochen. Herr Pfarrer Goldschmitt, bitte heraus mit der Sprache! Wann und wo und von wem ist ein Pfarrer „in eine abgelegene Stelle verstoßen worden, weil er nicht in das Zentrumshorn bläst?" Man darf erwarten, daß Herr Pfarrer Goldschmitt im Interesse der Wahrhaftigkeit durch Nennung des Pfarrers für die Aufklärung Gelegenheit gibt. Der Artikel schließt mit dem Stoßseufzer:

„Wer heute in Baden darum der Gegenreformation steuern will, der muß in erster Linie für seine Kirche und die Oeffentlichkeitsarbeit des Protestantismus wirken. Vielleicht wird dann doch einmal für Baden wieder die Stunde schlagen, wo die Tradition sich wieder fortsetzt, wo Namen wie Wessenberg und seine Freunde auf jener Seite, wie Johann Peter Hebel und ähnliche Männer diesseits unserer badischen Oeffentlichkeit den Stempel ihres Geistes aufdrücken!"

Wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß für Baden, das zu 59 Proz. katholisch ist, einmal die Stunde schlagen wird, wo die konfessionelle Verhetzung aufhört und man dem Katholizismus in Baden auf dem Gebiet der Parität das zugesteht was ihm von rechts wegen gebührt. Dann aber müssen die Katholiken Badens die Parole befolgen: seid einig, einig! Dann dürfen die Katholiken ihre Interessen nicht jenen anvertrauen, in deren Blättern solche Auslassungen wie die berührte des Pfarrers Goldschmitt-Rinklingen immer wieder Aufnahme finden, auch dann nicht, wenn man einen eigenen Katholikenausschuß einsetzt, dessen Tüchtigkeit im Schweigen zu bestehen scheint, wenn die Katholiken ungerecht angegriffen und entrechtet werden.

(Uns scheint, Herr Pfarrer Goldschmitt denkt weniger an die Zeit Wessenbergs und Hebels, als an die Zeit der nationalliberalen Kulturkämpferei. Wenn wir uns nicht täuschen, so ist Pfarrer Goldschmitt ein Sohn des verstorbenen Professors und nationalliberalen Führers Goldschmitt in Karlsruhe. Sollte das so sein, dann müßten wir feststellen, daß der Sohn Wege geht, die unseres Wissens der Vater schon mehr oder weniger als falsche erkannt hatte. Professor Goldschmitt neigte, je älter er wurde, desto mehr zur Verständigung. D. Schr.)

Baden.

Nochma's zum Fall Denke.

Von der Redaktion des Karlsruher Tagblatts erhalten wir ein Schreiben, in dem sie feststellt, daß das Karlsruher Tagblatt nirgends behauptet habe, der Massenmörder Denke sei katholisch gewesen und daß sich in keiner seiner Meldungen eine Wendung finde, aus der die Absicht spricht, die katholisches Ueberzeugung herabzusetzen.

Dazu die folgenden Bemerkungen: Am 28. Dezember 1924 Nr. 563 findet sich in einer Meldung des Karlsruher Tagblatts zum Fall Denke folgender Satz:

„Trotzdem ging die Polizei den Spuren nicht nach, weil Denke als ein zwar verschlossener, aber harmloser Mensch galt, der großes Ansehen genoß und bei Beerdigungen als Kreuzträger fungierte."

Kurz darauf wurde uns mitgeteilt, es sei hier in Karlsruhe auf einem Büro mit vielen Reichsbeamten etwa geäußert worden: „der Denke war also ein guter Katholik; aber davon schreibt natürlich der Bad. Beob. nichts." So war die Behauptung, Denke sei Kreuzträger bei Beerdigungen gewesen, die übrigens auch im Volksfreunde gestanden sein soll, von der Leserschaft bei uns aufgefaßt worden und mußte so aufgefaßt werden; denn bei uns weiß man, daß bei katholischen Beerdigungen das Kreuz mitgetragen wird. Tatsächlich wurde die Behauptung bezüglich des Kreuztragens allgemein so aufgefaßt, auch wenn nicht ausdrücklich bemerkt war, wie es in dem evangelischen Bundesblatt in der Neuen Tägl. Rundschau, geschah, daß Denke katholisch und bei der katholischen Geistlichkeit sehr geschätzt gewesen sei. Nun hätte das Karlsruher Tagblatt es sehr leicht gehabt, zu diesem durchaus abwegigen Gerede, das ihm kaum unbekannt bleiben konnte, da im Beob. ausdrücklich mehrfach davon die Rede war, entgegenzutreten. Es hätte nur die verschiedentlich in den Blättern zu lesende Erklärung der katholischen Geistlichkeit von Münsterberg, die doch sicher interessant war, ebenfalls abdrucken dürfen. Das hat aber das Karlsruher Tagblatt nicht getan; wenigstens haben wir nichts davon bemerkt; es blieb also für die Leser des Karlsruher Tagblatts der Anschein bestehen, daß der „Kreuzträger" Denke katholisch war. Soviel uns nachträglich mitgeteilt wurde, ist die Redaktion des Tagblatts auch auf diese Sachlage aus ihrem katholischen Leserkreis aufmerksam gemacht worden, ohne daß sie im Blatt darauf reagiert hätte.

Wir wollen und wollten nun nicht sagen, daß das Karlsruher Tagblatt die Sache aus Abneigung gegen die Katholiken so behandelt habe. Aber das müssen wir feststellen, daß es auf die Katholiken und insbesondere seine eigenen katholischen Leser nicht die Rücksicht genommen hat, die es ohne Zweifel hätte nehmen müssen. Wir sind überzeugt, wenn behauptet worden wäre, Denke habe die Farbe schwarz-weiß-rot getragen und sei Mitglied eines vaterländischen Vereins gewesen, dann hätte man im Karlsruher Tagblatt anders reagiert.

Prämienausschüttung bei der Reichsbahngesellschaft.

In Beantwortung einer kurzen Anfrage hat der badische Finanzminister am 23. Januar d. J. im Landtag durch den Referenten folgende Antwort vorlesen lassen:

„Ueber die Verteilung von Remunerationen bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat die Badische Regierung keine Unterlagen; es sind ihr weder die Grundsätze bekannt, nach welchen die Verteilung erfolgte, noch hat sie Nachrichten über die Höhe der gewährten Prämien. Der Eisenbahn-Staatsvertrag und das neue Reichsbahngesetz enthalten auch keine rechtliche Handhabe, aufgrund deren diese Unterlagen verlangt oder eine Einwirkung im Sinne einer anderweitigen Regelung dieser Frage begründet werden könnte.

Die Badische Regierung verhehlt indessen nicht, daß sie das bei der Reichsbahn-Gesellschaft jetzt angewandte Prämiensystem, von dem feststeht, daß es nur einem kleinen Teil der Beamtenschaft zugute kam, während der erheblich größere Teil leer ausging, nicht gutheißen kann, und zwar allgemein deshalb nicht, weil nach ihrer Ansicht sich dieses System mit einem beamtenmäßig aufgezogenen Verwaltungsapparat schwer vereinbaren läßt, und im besonderen nicht, weil es eine Quelle der Unzufriedenheit für die nicht Bedachten, und damit auch allgemein eine Ursache von Minderleistungen bildet. Wenn die Regierung auch im Hinblick auf die öfters bekanntgegebene finanzielle Lage der Reichsbahngesellschaft und auf deren ablehnende Haltung zu einer ausreichenden Entlohnung eines großen Teils ihres Personals immer noch lebhaft bezweifeln möchte, ob die in der Oeffentlichkeit genannten Angaben über die Höhe der Prämien und deren verschiedenartige Bemessung bei den einzelnen Besoldungsklassen zutreffen, so ändert sich damit an der Gesamtbeurteilung des Systems nichts. Die Badische Regierung wird mit Rücksicht auf die in unserem Lande sich im übrigen stark fühlbar machende Sparpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft — es sei an das Stocken in der Fertigstellung der Bahnbauten und an die Schließung der Wagenwerkstätte in Offenburg erinnert — Veranlassung nehmen, ihrer Auffassung zur vorliegenden Frage der Reichsbahn-Gesellschaft gegenüber Ausdruck zu geben."

*

Der Landesverband Baden der abgebauten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten hat eine Entschließung gefaßt, in der er Protest erhebt gegen die unerhörte Ausschüttung von Dutzenden von Millionen von sog. Weihnachtsgratifikationen seitens der neuen Reichsbahngesellschaft an „tüchtige und verdiente" Beamte.

In der Entschließung heißt es weiter, es müßte als Verhöhnung der notleidenden, angeblich aus Ersparnisgründen abgebauten Eisenbahner angesehen werden, daß zur Zeit, in der der Abbau erfolge, an bleibende Beamte solche Summen ausgezahlt würden, die genügt hätten, noch tausende von Beamten im Dienst zu behalten.

Hierzu ist noch zu bemerken, daß schon in einer der letzten Sitzungen des Haushaltsausschusses des Landtags Finanzminister Dr. Köhler erklärt hat, die Badische Regierung habe gegen diese Prämienausschüttung Einspruch erhoben. Der Landtag selbst wird sich nach unseren Informationen ziemlich bald mit dieser Angelegenheit befassen, zu der eine förmliche Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion vorliegt. In dieser förmlichen Anfrage wird übrigens mitgeteilt, daß die Prämien bei den Besoldungsgruppen I und II 120 Mk., III und IV 180 Mk., V und VI 300 Mk., VII und VIII 440 Mk. und IX 600 Mk. betrugen. Ab Gruppe X betrugen sie 2400 Mk., Gruppe XI und XII 3600 Mk. bis 4800 Mk. und Gruppe XIII 6000 bis 12 000 Mk. jährlich.

Wer löst das Geheimnis?

In den „Neuen Zürcher Nachrichten" vom 21. Januar lesen wir:

Das Bekenntnis Dr. Luthers zu den deutschen Staatsnotwendigkeiten sichert ihm ein gewisses Wohlwollen aller staatserhaltenden Kreise Deutschlands, sichert ihm auch die Achtung des Auslandes. Dr. Luther wird ehrlich bemüht sein, persönlich die bisherige Politik des Kabinetts Dr. Marx, namentlich auch außerpolitisch, fortzusetzen. Es fragt sich nur, ob er hiezu angesichts der starken „Rechtsströmungen", die sein Kabinett tragen, stark genug ist. Entweder — oder! Entweder muß Dr. Luther diese Strömungen meistern, um sich halten zu können, oder die Strömungen meistern ihn und dann wird seines Bleibens nur von sehr kurzer Dauer sein. Es lag eine berechtigte Ironie in dem Zurufe jener Kommunistin, die bei den anerkennenden Worten über Dr. Marx die Bemerkung in den Saal schleuderte: „Warum habt ihr ihn gestürzt, wenn er so verehrungswürdig war!" Das ist's ja, was die heutige deutsche Politik charakterisiert: die Person von Dr. Marx konnte man stürzen, seinen Geist aber kann man aus der Politik Deutschlands nicht verbannen, weil dieser Geist allein den Wiederaufbau verbürgt ....

Man fragt sich verwundert, warum es denn einer wochenlangen Krisis im Deutschen Reiche bedurfte, nur um wieder ein Ministerium zu schaffen, das — im Geiste Dr. Marx' weiter regieren will!

Wer löst das Geheimnis? Wer das neueste Wirken des Evang. Bundes kennt, hat das Geheimnis nicht schwer zu lösen. Nicht als ob der Bund an sich so große Macht in der Politik hätte. Aber es gibt Parteien, bezw. Fraktionen im Reichstag, die feine Fühlhörner haben für den Wind, der im Evang. Bund weht und sich darauf einrichten. Und darum durfte der Katholik und der Zentrumsmann Marx kein Kabinett zustande bringen, auch wenn man sich nunmehr zur selben Politik bekennt, wie das vorhergehende Kabinett Marx. Wir bitten unsere Gesinnungsgenossen sehr, diese Zeichen der Zeit zu beachten. Auch der deutschnationale Katholikenausschuß und die „vaterländische, katholische Tageszeitung Oberbadens" hätten allen Grund, zu dieser Zeiterscheinung ehrlich Stellung zu nehmen.

Die Notlage der stellenlosen Volksschullehrer.

Der Katholische Lehrerverein Baden hat an den Landtag eine wirkungsvolle Eingabe gerichtet, in der mit eindringlichen Worten um baldige Abstellung der bitteren Not der stellenlosen Volksschulkandidaten und Kandidatinnen gebeten wird. Die Eingabe beginnt mit nachstehendem Notschrei:

Aus dem Klageleid des leidenden deutschen Volkes klingt besonders schmerzlich heraus die Not der geistigen Berufe. Aus dem Lehrerstande warten in deutschen Landen 32 000 stellenlose Volksschulkandidaten auf Beschäftigung. Ihre Not ist unbeschreiblich. Sie haben sich neuerdings in der Tagespresse an die Oeffentlichkeit gewandt mit der Bitte um Hilfeleistung und Unterstützung. Mit innerer Erschütterung liest man in einem Aufruf:

„Gewaltig und tief ist die seelische und wirtschaftliche Not der Junglehrerschaft! Jahrelang vergebens warten müssen auf Betätigung im Beruf, auf Beschäftigung in der Schule: ein hartes Geschick! In berufsfremden Betrieben müssen unsere Brüder um des Lebens nackter Notdurft willen in Bergwerken und Werkstätten, als Händler und Verkäufer, als Lehrlinge und Straßenbauarbeiter, als Musiker im Kino und öffentlichen Tanzlokal, als Statisten beim Theater arbeiten und dabei seelisch und körperlich verkümmern und das Beste und Kostbarste verlieren, was wir haben, Berufsliebe und Berufsbeseelung!

Tausende unter ihnen aber haben nicht einmal die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Angewiesen auf die Hilfe ihrer alten Eltern, ihrer selbst darbenden Angehörigen oder anderer barmherziger Menschen, zählen sie zur Masse des geistigen Proletariats in Deutschland, das in dumpfer Verzweiflung, in Unfruchtbarkeit und Elend dahinsiecht, zum unermeßlichen Schaden des deutschen Volkes. Erschütternde Streiflichter ließen sich entrollen."

Zu diesen bedauernswerten jungen Männern und Frauen gehören auch einige hunderte in unserer badischen Heimat.

Der Kath. Lehrerverein macht dann recht beachtenswerte Abhilfevorschläge. Er empfiehlt, durch Herabsetzung der laut Schulgesetz auf einen Lehrer entfallenden Zahl von 70 Schulkindern weitere Stellen und damit Arbeitsgelegenheit für die Stellenlosen zu schaffen. Für den Fall, daß auf diesem Wege eine Behebung der Junglehrernot nicht möglich gemacht werden könnte, wird die Gewährung von Unterhaltszuschüssen vorgeschlagen. Die Schulkandidaten wären dafür zur Schularbeit heranzuziehen. Als Betätigungsfeld käme für sie in Betracht:

a) Die Erteilung von unentgeltlichem Nachhilfeunterricht an Kinder, die voraussichtlich Ostern das Klassenziel nicht erreichen.
b) Die Beaufsichtigung und Förderung von Schülern, die infolge häuslicher Verhältnisse gezwungen sind, ihre Hausaufgaben in der Schule anzufertigen.
c) Die Unterstützung von Lehrkräften in überfüllten Klassen.
d) Die Erteilung von fakultativem Unterricht an Schüler, die vor der Entlassung stehen.
e) Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten in Schulbibliotheken, Sammlungen und dergleichen.

Mögen den Bemühungen des Kath. Lehrervereins Erfolg beschieden sein und der Landtag Mittel und Wege finden, um die brotlosen Junglehrer und Lehrerinnen ihrer ersehnten Berufsarbeit zuzuführen! Viele Eltern werden ihm dafür Dank wissen.

Die Mißbräuche der Verwaltung des Saargebiets.

Genf, 22. Jan. Das Memorandum der Zentrumspartei und der Volkspartei des Saargebiets an den Völkerbund ist in Genf eingetroffen und wird im Generalsekretariat geprüft. Das Memorandum trägt die Ueberschrift: „Die Mißbräuche der Verwaltung des Saargebiets". Gegen die Saarregierungskommission wird darin der Vorwurf erhoben, daß die meisten Posten bei den Behörden gewissen Franzosen überlassen worden seien. Die Spionage sei systematisch ausgebaut worden. Außerdem werden zahlreiche Fälle aufgeführt, in denen staatliche Mittel veruntreut wurden.

Angriffe auf Herriot
in der französischen Kammer.

Paris, 22. Jan. Der elsässische Abgeordnete Oberkirch griff heute nachmittag in der Kammer unter beständigem Beifall der Opposition in einer ungewöhnlich scharfen Weise das Kabinett Herriot an. In den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellte er die Ruhrbesetzung und das Sicherungsproblem. Es kam zu peinlichen Zwischenfällen. Für die Ruhrbesetzung gab Oberkirch folgende neuartige Begründung:

Wenn wir die Ruhr besetzt haben, so geschah das, weil Deutschland sich gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags verstieß, besonders soweit sie sich auf die zollfreie Ausfuhr elsaß-lothringischer Erzeugnisse bezogen. Nichts hat Deutschland mit größerer Genugtuung erfüllt, als seine in London wiedererlangte Wirtschaftsfreiheit (Lebhafter Beifall auf der Rechten). Und das Ergebnis? Daß jetzt ein Zollkrieg ausbrach! Deutschland hat darunter zu leiden, wir aber auch. Die Kommerzialisierung der deutschen Schuld und die Verwirklichungspolitik, von der Herriot gesprochen hat, haben zu einem Fehlschlag geführt. Dafür sind die Schwierigkeiten unserer Verhandlungen mit Deutschland der beste Beweis. (Lebhafter Beifall bei der Rechten.) Wie wird sich die Zukunft gestalten? Läßt sich wirklich die Politik der vergangenen Regierung so schwer verurteilen, wenn sie das neue Kabinett Herriot nach sechs Monaten wieder aufnehmen mußte, indem es die Verlängerung der Besetzung Kölns beschloß? Wenn Deutschland nicht abgerüstet hat, so gibt man der Ruhrbesetzung die Schuld. Werden wir die Kontrollmaßnahmen endlich aufrecht erhalten? Deutschland wird uns bald frei heraus erklären: „Ich habe es satt" und in einigen Monaten wird es seine Kriegsrüstungen beendet haben. Zu Herriot gewendet: Sie haben den Standpunkt vertreten, daß Sie bereit seien, dem demokratischen Deutschland Vertrauen zu schenken. Wie hat Deutschland Ihnen geantwortet? Am 7. Dezember durch einen Faustschlag mitten ins Gesicht! (Lebhafter Beifall und Bewegung.)

Herriot: Es ist traurig, daß ein elsässischer Abgeordneter das dem Chef des Staats sagen muß. Meine Ansicht über den politischen und moralischen Zustand Deutschlands ist in den beiden Sätzen enthalten die ich in Chequers mit Macdonald abfaßte. Die Haltung, die ich eingenommen habe, beweist, daß ich imstande bin, die Verträge gegen jeden Angriff zu verteidigen. Was die Deutschen anlangt, so stelle ich nicht in Abrede, daß sie großenteils einer Aussöhnung feindlich gegenüberstehen. Als ich in Genf auf den Völkerfrieden hinarbeitete, habe ich Frankreich in keiner Weise geschwächt. Die deutschen Wahlen waren diesmal mehr nach links gerichtet als die vorhergehenden. Wenn sie für mich einen Faustschlag bedeuten, was kann man erst von den vorhergehenden Wahlen sagen und den Faustschlägen, die sie für meine Vorgänger bedeuteten? (Ausrufe auf der Linken.)

Oberkirch weist dann, seine Rede fortsetzend, darauf hin, daß die Monarchisten jetzt die Ausführung des Dawesgutachtens in die Hand genommen hätten. Er spielte auf die politischen Morde in Deutschland und die Ermordung Erzbergers und Rathenaus an, um festzustellen, daß die nationalistische Bewegung bereits vor der Ruhrbesetzung im Gange gewesen sei. Die politische und wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands habe einen Rückschlag auf das Elsaß zur Folge gehabt, wo jetzt eine neue Offensive gegen die Franzosen einsetze. v. Gerlach, der Präsident der Deutschen Liga für Menschenrechte, habe kürzlich während eines Vortrags in Straßburg auf die Wangen der französischen Demokratie den Bruderkuß der deutschen Demokratie gedrückt. Gerlach erklärte, daß die Vorbedingung für eine Verständigung zwischen beiden Ländern in der Entmilitarisierung des linken Rheinufers einschließlich des Elsaß bestehe, was also auf die Neutralisierung des Elsaß hinauslaufe.

Der Abgeordnete Pfleger richtete an Herriot die unmittelbare Frage, ob auch weiterhin die nötigen Maßnahmen ergriffen werden, um Elsaß-Lothringen Frankreich zu erhalten. (Lebhafter Lärm.)

Herriot: Ihre Frage, mein Herr, ist geradezu beschimpfend. Ich kann Ihre Worte nicht gelten lassen!

Oberkirch schloß: Deutschland erkennt den Versailler Vertrag nicht an. Es faßt ihn vielmehr als eine Zwangsjacke auf, deren es sich mit aller Kraft recht bald zu entledigen sucht. Das beweist die fortschreitende Rechtsbewegung in Preußen und Bayern. Die Situation ist äußerst beunruhigend. Wenn er sich zu Worte gemeldet habe, so sei dies nicht aus kleinlichem Parteigeist, sondern aus patriotischen Erwägungen geschehen.

Es kommt dann zu einer Intervention Briands in der Frage der Aufhebung der Vertretung im Vatikan.

Scharfe Angriffe Borah's gegen Frankreich.

Newyork, 23. Jan. Die Rede Marins in der französischen Kammer veranlaßte den Senator Borah im Senat zu den schärfsten Worten über die französische Schuldenfrage. Riesige Zuhörermengen waren erschienen. Borah ging zunächst auf die englische Schuldenregelung ein. Er erklärte, England bezahle auf Grund der mit Amerika getroffenen Abmachungen annähernd 4 Milliarden Dollar zu wenig. Von England komme nicht genügend Geld ein, sodaß Amerika zur Tilgung der seinerzeit für England aufgebrachten Summen auf Steuern zurückgreifen müsse. Der amerikanische Steuerzahler sei also der Dumme. Dieser Zustand würde sich naturgemäß verschärfen, wenn Frankreich unter den gleichen Bedingungen seine Schulden zurückzahle wie England. Wenn wir mit Frankreich zu einer Vereinbarung kommen wie mit England, so bedeutet das, daß wir Frankreich 50 Prozent der Schulden schenken. Amerika steht vor der Frage, die Rückerstattung wenigstens eines Teiles der Zahlungen durchzusetzen, aber niemand, der die Vorgänge in Frankreich verfolge, könne sich der Tatsache verschließen, daß Frankreich nicht daran denkt, auch nur einen Teil zurückzuerstatten. Frankreich erhielt die Kohlengruben des Saargebiets, Elsaß-Lothringen und außerdem bekommt es nach amerikanischer Schätzung 6½ Millionen Dollars im Jahre. Frankreich hat ungeheure Gewinne, selbst wenn man die Kriegsverluste abzieht. Angesichts der Tatsache, daß Frankreich bisher kein Angebot einer Zahlung gemacht hat, ist es nicht zuviel gesagt, daß Frankreich augenscheinlich nicht daran denkt, die Lösung des Problems in Angriff zu nehmen. Das aber ist das eigentliche Problem, dem wir gegenüberstehen. Auf gewisse französische Auslassungen, die an die französische Hilfe im amerikanischen Befreiungskrieg erinnern, sei zu erwidern, daß Amerika alles, was es von Frankreich erhielt, bei Heller und Pfennig zurückgezahlt habe. Außerdem habe Frankreich Amerika nicht nur aus Sympathie, sondern aus rein praktischen Erwägungen geholfen. Frankreich habe Amerika gegenüber nicht die geringsten Vorrechte; es habe lediglich seine Schulden zurückzuzahlen. Amerika mache ja nicht geltend, daß durch den Befreiungskrieg amerikanisches Gebiet verwüstet wurde. Er (Borah) erinnere daran nur, weil Frankreich bis zum Ueberdruß darauf hingewiesen habe, das sein Gebiet im Kriege verwüstet worden sei.

Auch die amerikanischen Bankiers gegen Frankreich.

Newyork, 23. Jan. Der „Newyork Times" zufolge hat die Rede des Abgeordneten Marin in der französischen Kammer auf die amerikanischen Bankkreise den stärksten Eindruck gemacht, und zwar hauptsächlich wegen des scharfen Echos, das die Rede in der französischen Welt gefunden hat. Die Bankiergruppe hat daher ihre Absicht, was die Frage der Unterbringung der französischen Industrie- und Städtebons angeht, aufgegeben und geltend gemacht. Amerika wünsche zuerst zu erfahren, wie sich die französische Regierung zur Schuldenregelung stelle. Vorher werde die Regierung die Unterbringung der französischen Anleihen auf dem amerikanischen Markt nicht gestatten.

Die amerikanische Presse über die französische Schuldenregelung.

Newyork, 23. Jan. In einem Leitartikel über das französische Schuldenproblem erklärt die „Newyork World", der staatsmännische Weg zur Regelung der Schuldenfrage würde die Bildung eines Dawesausschusses sein. Dieser Ausschuß könnte die Frage besser entscheiden als die Politiker und einen Plan ausarbeiten, der die Zahlung des kommerziellen Teiles der französischen Schulden ermögliche, während der für den Krieg verwendete Teil gestrichen werden könne. Auch die „Newyork Times" tritt für die Zerlegung der französischen Schulden in zwei Teile, einen „militärischen", der nicht zurückgezahlt werden soll und einen „kommerziellen" ein. Sollte, so schreibt das Blatt, was wir nicht glauben, es zutreffen, daß Frankreich bösen Willen zeigt, so würden die Franzosen für Generationen gehandikapt sein und ihren Kredit einbüßen. Vorläufig aber könne man Frankreichs Zahlungswillen nicht anzweifeln.

Deutschland.

Ein Jesuitenkolleg in Berlin.

Einen ganz besonderen Köder hat die deutschnationale Berliner Intelligenzpresse dem Zentrum gegenüber ausgeknobelt. Sie will wissen, daß das Zentrum in Preußen mit dem jetzigen sozialistischen Ministerpräsidenten Braun in Verhandlungen stehe, die den Zweck hätten, dem Zentrum besondere „Geschenke" dafür zu machen, daß es die jetzige Regierung in Preußen bestehen lasse. Unter anderen Dingen sei dem Zentrum ein „Jesuitenkolleg in Berlin" versprochen. Einem Teil der Berliner Presse hat diese Aussicht förmlich die Sprache verschlagen.

Wir können nur bestätigen, daß eine solche Jesuitenniederlassung in Berlin eingerichtet werden soll, und zwar werden die Obern im Reichstag und ihre Schüler im Schloß einquartiert. Dem Evangelischen Bund in Berlin unter Führung des Dompredigers Doehring, wird dann die ehrenvolle Aufgabe zufallen, diese beiden Bastionen im Sturm zu nehmen!

Eine unnötige Mahnung.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei in zweiter Garnitur, der Abgeordnete Kardorff, hielt es für notwendig, in seiner Reichstagsrede das Zentrum „in aller Freundschaft" zu „ermahnen", die religiösen Gegensätze nicht zu verschärfen.

Wir weisen diese Mahnung als unberechtigt und unnötig zurück. Das Zentrum hat gewiß die Mahnung zur Wahrung des konfessionellen Friedens, angesichts bestimmter Vorgänge der letzten Tage, insbesondere jener unerhörten Rede des protestantischen Dompredigers Doehring im Berliner Dom bei der Reichstagseröffnung, ausgesprochen, es hat aber darauf verzichtet, den Spuren dieses merkwürdigen Dompredigers zu folgen und der Führer der Bayrischen Volkspartei, Domkapitular Leicht, der geltend machen konnte, daß er 17 Jahre lang Domprediger, allerdings nicht in Berlin, sondern in Bamberg war, und daß er während dieser Zeit auch nicht eine einzige Beschwerde wegen Störung des konfessionellen Friedens von seiner Seite gekommen wäre, hat unter stürmischer Zustimmung der Bayrischen Volkspartei und des Zentrums festgestellt, daß die Konfessionen sich dulden sollen, daß das aber nicht so zu verstehen sei, daß die Katholiken die Geduldeten seien. Es mußte unter diesen Umständen merkwürdig berühren, daß Herr von Kardorff, der wohl in diesem Punkte seine nationalliberale Vergangenheit nicht verleugnen kann, davon spricht, daß das Zentrum die Gegensätze verschärft habe, während wir uns doch nur in der Abwehr gegen Angriffe befinden, die bis in die weitesten Kreise als empörend empfunden werden. Gewiß kann man Kardorff zustimmen, daß auch ein Geistlicher das Recht habe, seine Meinung zu äußern, aber zwischen Meinungsfreiheit und Hetzfreiheit ist doch noch eine moralische Kluft.

Fortgang der deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 23. Jan. Die deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen in Berlin, die auf der Grundlage der gegenseitigen Meistbegünstigung geführt werden, sind, wie die Telegraphenunion erfährt, nach einer kurzen Pause wieder aufgenommen worden. Die deutsche Delegation ist nach wie vor bestrebt, die Aufhebung des japanischen Einfuhrverbots für deutsche Farbstoffe zu erzielen. Es besteht die Hoffnung, daß sich ein Modus finden läßt, der den berechtigten deutschen Wünschen Rechnung trägt.

Dr. Zeigners Pension.

Dresden, 23. Jan. In der gestrigen Verhandlung vor der Disziplinarkammer, in der die Frage zu entscheiden war, ob dem ehemaligen Ministerpräsidenten **Dr. Zeigner** die Pension als Ministerpräsident weitergezahlt werden soll oder nicht, erkannte die Disziplinarkammer, daß dem ehemaligen Ministerpräsidenten während der Dauer der Verbüßung der Strafe die Pension nicht gezahlt werden soll. Nach der Strafentlassung sollen ihm für die Dauer eines Jahres von der 1146 Mark monatlich betragenden Pension 30 Prozent ausbezahlt werden. Gegen das Urteil ist noch Berufung möglich.

England.

Rumänisch-englische Handelsverhandlungen.

London, 23. Jan. Der rumänische Finanzminister Bratianu wird in London die Anknüpfung engerer Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in die Wege leiten. Der Bedarf Rumäniens an landwirtschaftlichen Maschinen, Einrichtungen für seine Oelfelder, sowie an Eisenbahnmaterial soll in erheblichen Mengen in England gedeckt werden, wozu Krediterleichterungen gewünscht werden. Die englische Regierung macht diese Kreditgewährung davon abhängig, daß dem britischen Handel Erleichterungen gewährt werden.

Baden-Baden.

In Theaterangelegenheiten geht hier ein finsterer Geist um, es sieht beinahe aus wie Verschwörung gegen die Intendanz. Die Blätter bringen zeitweilig Artikel über Mißstände aller Art bei den Städt. Schauspielen, und auch uns sind mehrere diesbezügliche Schriftstücke zugegangen, die uns gleichzeitig fragen, warum, wenn wir sonst immer über das hiesige Theaterleben berichteten, zu den Klagen des Publikums schweigen 2c. 2c. In dem uns gewordenen Schreiben, das pseudonyme Unterschriften enthielt, werden Vorwürfe aller Art angeführt: Der Intendant beobachte das öffentliche Leben nicht, sonst würde er bezüglich des Repertoirs bessere Auswahl treffen, es wird ihm die Verletzung der Urbanität dem Publikum gegenüber vorgeworfen, die Herbeiziehung unedler Bilder durch frivole Stücke 2c. 2c., mit einem Worte: Taktlosigkeit in Bezug auf die Wünsche der Theaterfreunde! Es ist viel auf einmal, was da der Theaterleitung aufgehalst wird, und das ganze Schreiben verrät zu sehr das Persönliche, es galt zu sehr dem Intendanten selbst als der Sache. Als wir es unternahmen, in diesem Blatt auch über das hiesige Kunstleben zu schreiben, geschah es in der Absicht, uns über Kunstanschauungen überhaupt auszusprechen und über hiesige Kunstleistungen ein unbefangenes, unabhängiges Urteil niederzulegen. Da wir nicht zu den Musikern ex professo gehören, so müssen wir es uns gefallen lassen, wenn man uns zu den Dilettanten zählt, nur möchten wir uns verwahren gegen jenen Dilettantismus, der sich lediglich auf einige Klavierspielerei beschränkt und im übrigen auf des Meisters Wort schwört oder gar die Unterhaltung auf Morgenbesuche und Spaziergängen beschränkt und die bei solchen Gesprächen fallenden Worte als Kunsturteile gelten läßt. Wir waren immer bestrebt, für unsern Dilettantismus eine tiefere Basis zu suchen; wir sind weder für noch gegen jemand eingenommen, wir stehen den Personen fremd gegenüber und sind der Sache nah. Von diesem Standpunkt aus, der sich auf eine nahezu 50jährige Praxis in Theaterangelegenheiten stützt und uns auch mit vielen anderen Theatern in Verbindung brachte, beurteilen wir auch die schriftlichen, zum Teil berechtigten, zum Teil viel zu subjektiv gehaltenen Klagen. Wir haben seit Eröffnung der Städt. Schauspiele so viel über ihre Einrichtung und ihren Werdegang geschrieben, daß es sich erübrigt, nochmals den alten Sauerteig zu verdauen. Das Theater ist nun einmal da und Baden braucht ein gutes Theater, also daran ist nichts mehr zu ändern. Man wollte eben unabhängig sein in Theatersachen und diesem Begehren gegenüber mußte seinerzeit die von vielen, auch von uns gehegte Idee fallen, „das alte Theater zu vergrößern, die Leitung einem tüchtigen Direktor zu übergeben, der Schauspiel und Operette (auch event. Opern) pflegte und sein Personal sich auswählte!" Wir haben nun einmal das neue Theater und Herr Intendant Dr. Waag wird, wie wir schon öfters genug betonten, gut tun, den Wünschen der Theaterbesucher in der Aufstellung des Repertoirs entgegenkommen. In der Auswahl der Stücke zeigt sich die Findigkeit der Bühnenleitung und ihre Berechtigung zur Einnahme eines so verantwortlichen Postens. Allen freilich kann man es nicht recht machen und die Hydra, Publikum genannt, ist sehr anspruchsvoll. Auch kann man dem Intendanten doch schließlich auch nicht zumuten, daß er mit jedem, der sich einmal ein Galeriebillet gekauft, deshalb zu fraternisieren!!! Im übrigen wird wohl — das ist zu erwarten — die Intendanz sich den Forderungen entsprechend fügen. Es ist jetzt eine schwierige Zeit, an Theater-Autoren fehlt es nicht, aber von den vielen, die sich berufen glauben, sind nur sehr wenige auserwählt, und die Wahl zu treffen aus all dem Tohu-wabohu der Imagination ist schwer. Dem Theater scheint die Kraft und Lust benommen, bedeutende dramatische Produkte zu schaffen. Die alte Posse ist bis auf weniges abgelaufen und die neuen sind überspannt und oberflächlich wie der Zeitgeist, der die Gegenwart regiert. Für die Theaterleitungen ist der hin- und herschwankende Geschmack des großen Publikum beschwerlich und hindernd, ein gutes Repertoir zu schaffen. Die dramatische Dichtkunst, die Geburt des deutschen Dramas, wird erst dann wieder gefeiert werden — wie schon früher an dieser Stelle erwähnt wurde —, wenn die peinigende Ungewißheit der politischen und sozialen Verhältnisse einem geordneten Zustande weichen müssen. Was ist das Drama früher gewesen, meistens die Verherrlichung der Wahrheit, eine anfeuernde Darstellung von Heldentaten. Die Gegenwart mit ihren Wirrsalen, wagt es nicht mehr, an solche Probleme heran zu treten. Es ist die Poesie des Chaos, die regeneriert, wer bürgt dafür, daß die Zukunft nicht den verdammt, der jetzt auf seinen Lorbeeren ruht? Wenn das menschenfeindliche Prinzip in den Abgrund der Schande versinkt, dann gibt es auch wieder Stoff zu Schauspielen und Tragödien, dann werden die Dichter wieder mit Begeisterung schreiben, das Publikum aus dem Werke Begeisterung schöpfen. Dann mag auch der komische Gott wieder anrücken und im Lustspiel wie in der Posse unsere menschlichen Schwächen geißeln. — Bis dahin müssen unsere Theaterleiter sich mit gutem Alten und brauchbarem Neuen behelfen; die Kunst hierbei ist: „Geschickt lavieren!"

PS. Die Schreiben sind bereits dem Feuertode überliefert worden.

von Stecken.

Landestheater. Der bis über die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hinaus nicht nur die Bühnen seines Landes, sondern auch des übrigen Europas beherrschende Dramatiker Augustin Eugène Scribe zählte auch in Deutschland jahrzehntelang zu den gespieltesten französischen Autoren. Zu seinen aufgeführtesten Stücken, deren der ungemein fruchtbare Schriftsteller fast ein halbes Tausend verfaßte, gehört das Lustspiel „Das Glas Wasser", das am Sonntag, den 25. Januar, in einer Neubearbeitung von Otto Stockhausen-Darmstadt im Konzerthaus zum erstenmal wieder nach Jahrzehnten auf unserer Bühne erscheint. — Die beiden Hauptrollen des Stücks, die ehedem zu den beliebtesten Parade- und Glanzrollen lokaler Bühnensterne und gastierender Virtuosen gehörten: den „Grafen Bolnigbroke" und die „Herzogin von Marlborough" werden Robert Bürkner und Melanie Ermarth spielen. — Wie bereits bekanntgegeben, findet nach langjähriger Pause am Sonntag, den 25., die erste Aufführung der neueinstudierten komischen Oper von Peter Cornelius „Der Barbier von Bagdad" statt. Die Wiederaufnahme des Werkes soll zunächst der Erinnerung an den 100. Geburtstag und 50. Todestag des Meisters gewidmet sein, dann aber auch zahlreichen Wünschen der Opernbesucher nachkommen. Die Hauptpartien sind besetzt mit den Damen Baß und Hoffmann-Brewer (Wenzel alternierend) sowie den Herren Nentwig, Peters, Warth und Dr. Wucherpfennig (Titelpartie). Die musikalische Leitung hat Staatskapellmeister Lorentz, die Inszenierung liegt in den Händen des Oberregisseurs Bussard. Der Oper folgt die Erstaufführung der Ballett-pantomime „Pierrots Sommernacht" von Hermann Noetzel, dem bekannten Komponisten der hier zur Uraufführung gebrachten Oper „Meister Guido". Das Ballett wurde an der Staatsoper in München mit großem Beifall aufgeführt. Es wird hier von Wini Lanie einstudiert; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Schweppe inne. — Außer dem Tanzkörper und den Damen des Singchores wirken auch Damen hiesiger Gesellschaftskreise mit.

Herr Theo Strack von der Staatsoper in Dresden wurde nach seinem zweimaligen Gastspiel als Tannhäuser und Florestan für die kommende Spielzeit als Heldentenor verpflichtet.

gen in steuerlicher Beziehung und hinsichtlich des Landerwerbs in Rumänien gewährt werden.

Rußland.

Trotzki bereitet ein Tagebuch vor.

Riga, 23. Jan. Wie die „Rigasche Rundschau" sich aus Moskau melden läßt, bereitet Trotzki ein Tagebuch vor, das zwar den Titel „Meine Irrtümer" führt und einige Zugeständnisse an die Gegner in der Kommunistischen Partei enthalten soll, daneben aber weiter noch unangenehmere Angriffe gegen sie bringen wird, als in seinem Buch „1917".

Albanien.

Zusammentritt der Nationalversammlung.

Tirana, 22. Jan. Die albanische Nationalversammlung ist zusammengetreten, um der von dem siegreichen Achmed Bey Zogul gebildeten Regierung eine verfassungsmäßige Grundlage zu geben. Die Regierungsmehrheit besteht aus Mitgliedern der serbenfreundlichen Nationaldemokraten, die sich vor allen Dingen aus Kreisen der Großgrundbesitzer zusammensetzen. Die Minderheit wird von den Radikaldemokraten gebildet, deren Hauptführer nach Italien geflohen ist. Die Vertreter der Minderheit sind italienfreundlich und stammen meist aus römisch-katholischen Kreisen.

Steuerfragen.

Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer. Durch die zweite Steuernotverordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1924 sind die Einkommensteuervorauszahlungen der Landwirte und Gewerbetreibenden um ein Viertel ermäßigt worden. Auf das Einkommen aus freiem Beruf und anderer selbständiger Arbeit sowie auf das Einkommen auf Grundbesitz, soweit es nicht durch den Betrieb der Landwirtschaft erzielt wird, und auf das sonstige Einkommen (§ 11 des Einkommensteuergesetzes) bezieht sich diese Ermäßigung nicht. Soweit Steuerpflichtige dieses Einkommen beziehen, haben sie ihre Vorauszahlungen nach den bisher geltenden Sätzen zu leisten, nämlich für die ersten angefangenen oder vollen 2000 Mark im Kalendervierteljahr 10 vom Hundert, vermindert um je 1 v. H. für jeden berücksichtigungsfähigen Familienangehörigen, für die weiteren Beträge 20 v. H.

Aus dem sozialen Leben.

Arbeitsniederlegung der Schlosser und Maschinenbauer in Hamburg.

Hamburg, 23. Jan. Die im Metallarbeiterverband organisierten Schlosser und Maschinenbauer haben die Arbeitsniederlegung beschlossen, weil ihnen ihre Lohnforderungen nicht bewilligt worden sind. Sie verlangen eine 20prozentige Lohnerhöhung, die von den Arbeitgebern abgelehnt wurde.

Chronik.

Baden.

Mannheim, 23. Januar.

(Raubüberfall bei Wallstadt.) Auf der einsamen Landstraße nach Wallstadt, die bereits vor einiger Zeit der Schauplatz eines ähnlichen, bisher noch unaufgeklärten Verbrechens war, wurde wieder ein schwerer Straßenüberfall verübt. Der auf dem Heimwege von seiner Arbeitsstätte in Mannheim befindliche Schreiner Martin Dünkel wurde von zwei Unbekannten in den Straßengraben gezogen, wahrscheinlich um ausgeraubt zu werden. Auf die Hilferufe Dünkels wurden mehrere gleichfalls von der Nachtschichte kommende Arbeitskollegen des Ueberfallenen aufmerksam und eilten herzu. Die Wegelagerer gaben noch drei Schüsse auf ihr Opfer ab und verschwanden im Dunkel der Nacht unerkannt. Durch die Schüsse wurde Dünkel schwer verletzt.

Konstanz, 23. Januar. (Bau eines Motorbootes.) Nach der „B. J." ist es der Reichsbahndirektion Karlsruhe nach langen Bemühungen gelungen, von der Reichsbahngesellschaft die Mittel zum Bau eines großen Motorbootes für den Höri-Schiffahrtsbetrieb genehmigt zu erhalten. Das Boot, das bis Ende September in Dienst gestellt und in Oehningen stationiert werden soll, wird einen täglichen Verkehr nach den Höri-Gemeinden am Untersee ermöglichen. Es sollen 130—150 Personen befördert werden. Auch eine Güterbeförderung ist vorgesehen.

K.K. Meersburg, 20. Januar.

(Die Aufbau-Realschule in Meersburg am Bodensee.) Im Jahre 1923 wurde das staatliche Lehrerseminar Meersburg aufgehoben, und das überaus geräumige Gebäude stand leer. Der Caritasverband Konstanz hat es nun, wie schon berichtet, pachtweise von der badischen Regierung erworben, um darin eine Aufbau-Realschule mit Internat zu errichten. Es können Knaben von der zurückgelegten 6. Volksschulklasse an Aufnahme finden und innerhalb vier Jahreskursen für die Obersekundareife vorbereitet werden. Der monumentale Barockbau erhebt sich auf einem mächtigen Felsen unmittelbar über dem See und gestattet einen einzigartigen Blick auf das schwäbische Meer und die ganze bayer'sche, österreich'sche und schweizer'sche Alpenkette. Er wurde samt seiner prunkvollen Kirche in den Jahren 1732—1734 durch den Konstanzer Fürstbischof Johann Franz Schenk von Stauffenberg unter großen Kosten (100 000 Gulden) aufgeführt. Neben dem Bischof, den Klöstern und der Geistlichkeit der Diözese Konstanz leistete auch Kaiser Karl VI. einen ansehnlichen Beitrag. Im Jahre 1735 konnte es dem heiligen Karl Borromäus geweiht und als Priesterseminar eröffnet werden, und blieb es bis zum Jahre 1842. Zusammen mit dem sogenannten neuen und dem ehrwürdigen bischöflichen alten Schloß, in dem zu Beginn des 19. Jahrhunderts Josef Freiherr von Laßberg wohnte und schrieb und Deutschlands größte Dichterin Annette von Droste-Hülshoff ihren Lebensabend verbrachte und starb, bildet das Anwesen die charakteristische Front des so wunderbar malerisch gelegenen, weingesegneten Städtchens dem See zu. Die neue Aufbau-Realschule mit ihrem schon anderwärts geprüften und bewährten Lehrplan wird zu Ostern eröffnet werden, und die Anstaltsleitung, der Unterricht und die Erziehung der Knaben liegen in den vorzüglichen Händen der christlichen Schulbrüder. An Interessenten werden in allernächster Zeit ausführliche Prospekte verschickt. Anmeldungen sind vorerst zu richten an den Caritas-Verband Konstanz.

*

Wolkenloses Wetter im Schwarzwald.

Bei etwas nachgehendem Luftdruck, der aber immer noch sehr hoch ist, hat sich die Wolken- und Nebeldecke im Schwarzwald um die Wochenmitte aufgelöst und damit für die Nächte in großen Teilen des Gebirges wieder Frost gebracht, der sich aber im allgemeinen in mäßigen Grenzen hält und lediglich Strahlungsfrost ist. Frost haben vor allem die Hoch- und Steiltäler, in die die kälteren Luftmassen abgleiten, sowie die Hochflächen wie die Baar. Die bis jetzt auftretenden Kältegrade betragen bis 7 Grad, umgekehrt hat die Hochregion des Schwarzwaldes, also Höhen über etwa 1100 Meter Temperaturumkehr, den nachts schon keinen Frost mehr und tagsüber frühlingsmäßige Wärme.

Mit dem Wintersport sieht es, da Schneefälle in nächster Zeit kaum anzunehmen sind, im ganzen schlecht bestellt aus, soweit er auf Schnee angewiesen ist. Nur die ganz hohen Lagen haben noch eine leichte Schneedecke von etwa 12 Zentimetern, die aber auch vielfach durchbrochen und im übrigen verharscht oder weich ist. Wer eben zum Skilauf in den Schwarzwald will, muß seine Hölzer vier Fünftel des Weges spazieren tragen. Mit dem Rodeln ist es ebenfalls so gut wie aus, nach den bisherigen kleinen Möglichkeiten, der Bobsport wartet noch immer auf Schnee zur Herrichtung der Bahnen. Nur der Eislauf hat gute Egge und blüht, wächst und gedeiht im buchstäblichen Wortsinn. Seit Jahren ist nicht ein solcher Eifer für dieses Gerät bemerkt worden. Zunächst wird auch der Schlittschuh noch weiter (!) des gleichen Vorzuges wie seither in diesem Winter erfreuen.

Aus anderen deutschen Staaten.

Waldfischbach, 23. Januar.

(Schrecklicher Unglücksfall.) Im nahen Malzwerk im Karlstal ereignete sich gestern früh ein schrecklicher Unglücksfall. Ein 17 Jahre alter Mann geriet während der Arbeit in die Transmission einer der riesigen Werkmaschinen. Der Riemen schleuderte den Unglücklichen ein paarmal herum, so daß alle Glieder gebrochen sind. Ein Bein nicht weniger als sechs Mal. Merkwürdigerweise hatte er bis zum Abend, wo er von seinen Qualen erlöst wurde, das volle Bewußtsein erhalten. Der Verunglückte war der einzige Ernährer seiner alten Mutter.

Halle (Saale), 23. Januar.

(Raubüberfall im Eisenbahnzug.) Ein Raubüberfall wurde am Mittwoch abend in einem Personenzug zwischen Sandersleben und Hettstedt verübt. Drei maskierte Banditen im Alter von etwa 20 bis 22 Jahren stürmten plötzlich in ein Abteil zweiter Klasse des Personenzuges 616 Magdeburg—Erfurt und plünderten mit vorgehaltenem Revolver einen Reisenden aus Berlin-Schöneberg aus. Sie nahmen ihm die Brieftasche und eine goldene Uhr mit Kette ab. Dann zogen sie die Notbremse und sprangen aus dem Zuge. Gendarmerie und Schupo nahmen die Verfolgung mit Spürhunden auf, ohne die Räuber zu ermitteln.

Königsberg, 23. Januar.

(Ein Zwischenfall bei der Leninfeier in Königsberg.) Am Todestage Lenins hatte das Sowjetkonsulat in Königsberg am Mittwoch Halbmast geflaggt. Nachts wurde die Fahne heruntergerissen und gestohlen.

*

Der Fall Münchweiler.

Pirmasens, 22. Jan. Die von der Havas verbreitete Meldung, die über den Ort Münchweiler als Folge der Helfrich-Affäre verhängten Sanktionen des Ansammlungsverbotes auf der Straße sowie der Beschränkung des Nachtverkehrs seien aufgehoben worden, entspricht nicht den Tatsachen. Ebenso unrichtig ist die Nachricht, der Bürgermeister von Münchweiler habe seinerzeit die Polizeistunde auf abends zehn Uhr festgesetzt. Die Verordnung des Kreisdelegierten für die Pfalz vom 20. Januar 1925 ist zurzeit noch immer in Kraft. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß der Rheinlandskorrespondent der Londoner „Times" am 16. Januar in dem französischerseits erlaubten Waffenbesitzes der Separatisten einen Bruch des Speyerer Abkommens vom 16. Februar 1923 erblickt, wobei beide Parteien, die loyale Bevölkerung und die Separatisten, zu entwaffnen sind. Von der Gemeindeverwaltung Münchweiler ging an die Rheinlandskommission, die drei Oberkommissare und Kuriere sowie an die Staats- und Reichsregierung eine Beschwerde, in der auch um Aufhebung der Verkehrssperre und des Versammlungsverbotes gebeten wird.

Aus dem Ausland.

London, 23. Januar.

(Kein Luftschiffhafen in Singapore.) Der politische Korrespondent des „Daily Telegraph" dementiert die Gerüchte, daß die britische Regierung beabsichtige, in Singapore einen Flughafen einzurichten. Der ursprüngliche Plan zur Schaffung einer Flottenbasis im Pacifischen Ozean hätte einen Luftflughafen vorgesehen. Die Frage sei jedoch neu geprüft worden, so daß das Kabinett sich entschlossen habe, den Ausbau der Flottenbasis fortzusetzen, während der übrige Teil des ursprünglichen Planes fallen gelassen wurde.

(Bergrutsch in Wales.) Infolge eines Bergrutsches in Wales wurden über 100 000 Menschen im Rhymney-Tal von der Wasserversorgung abgeschnitten.

Kirchliche Nachrichten.

Aus der Erzdiözese. Ausgeschrieben sind die Pfarreien Bühl (Dek. Offenburg) und Bisingen (Hohenzollern).

*

Ueber den verstorbenen Weihbischof Zorn von Bulach

schreibt Dr. Karl Hoeber in der Kathol. Korrespondenz:

Der heimgegangene Weihbischof war ursprünglich für den Beruf als Verwaltungsbeamter bestimmt. Er hatte das Gymnasium besucht und an der Straßburger Universität die Rechtswissenschaft studiert. Nach bestandenem Referendarexamen kam er 1884 in das Auswärtige Amt in Berlin, wo Bismarck sich für den elsässischen Edelmann lebhaft interessierte. Doch war diese Tätigkeit für den jungen Diplomaten nur eine Etappe seiner inneren und äußeren Ausbildung, die ihn ermöglichte, seinen wahren Beruf richtig zu erkennen. Er entschied sich für den Priesterberuf und begründete diesen Entschluß so ernst und so tief, daß auch Bismarck ihn darin nicht wankend zu machen versuchte, so gern er den vornehmen und gewandten Juristen im Dienste des Deutschen Reiches verwendet hätte. Dieser absolvierte seine theologischen Studien in Straßburg und Eichstätt und war 1891 der erste unter den 40 Klerikern, die der kurz vorher zum Bischof von Straßburg erhobene Dr. Adolf Fritzen zu Priestern weihte. Um sich besonders im kanonischen Rechte weiter auszubilden, ging v. Bulach nach Rom und studierte an der Gregorianischen Universität, wo er auch zum Doktor promovierte. Darauf wurde er der Konsistorialkongregation und der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten zugeteilt und 1898 zum Sekretär der apostolischen Nuntiatur in Madrid befördert. Gegen seinen Wunsch und Willen wurde er drei Jahre später, als der Straßburger Weihbischof Dr. Karl Marbach infolge der unangebrachten Versuche der Regierung, ihn zum Bischof von Metz ernennen zu lassen, von seiner Stellung zurücktrat, in seine Heimat zurückberufen und zum Titularbischof von Erythräa und Weihbischof von Straßburg ernannt. Die Bischofsweihe erhielt er in Rom durch Kardinal Satolli in einer Kapelle der Laterankirche. Nach Verlauf von zwei Jahren wurde ihm in Straßburg das Amt des dritten Generalvikars übertragen. Durch sein taktvolles und auch vornehm zurückhaltendes Wesen erwarb er sich allgemeine Hochschätzung und das volle Vertrauen von Klerus und Volk. Nach der Einführung der neuen Verfassung vom 31. Mai 1911 wurde er vom Kaiser zum Mitglied der Ersten Kammer ernannt. In diesen verschiedenen Stellungen vermittelte er wiederholt in Konfliktsfällen mit Geschick zwischen der Regierung und dem Bischof.

Im Jahre 1905 leistete er als Vorsitzender der Rednerkommission wertvolle Dienste in der Vorbereitung der 58. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, der ersten, die auf reichsländischem Boden stattfand. Es war ihm eine Herzensangelegenheit, im Sinne der edlen Konvertitin Julie v. Massow († 1901) für den Gebetsverein Ut omnes unum und die Wiedervereinigung der getrennten Konfessionen zu wirken.

Nach der Katastrophe, die den Weltkrieg beendete, wurde Weihbischof Zorn v. Bulach zugleich mit den beiden deutschen Bischöfen Fritzen und Benzler seines Amtes enthoben. Mehrere Todesfälle in seiner Familie und anderen schweren Kummer ertrug er mit Geduld und Starkmut. Seinen Freunden blieb er in Treue verbunden und war dankbar für jedes Zeichen liebevoller Gesinnung. Den Rest seines opfervollen Lebens verbrachte er, durch wiederholte Schlaganfälle betroffen, still und resigniert im Allerheiligenkloster zu Straßburg, bis ein sanfter Tod ihn von seinen Leiden erlöste. Mit ihm ist ein gütiger, tieffrommer, der Kirche treu ergebener Priester und ein wirklicher Edelmann zu Grabe gegangen, dem alle, die ihn gekannt, ein treues Andenken bewahren werden.

Katholiken werbet für Eure Presse!

Um das Erbe der Drewendts.

Kriminalroman aus der Gegenwart von Erich Ebenstein.

51)

In dem Brief las Fernau weiter:

„Bahnhof Friedrichstraße war erreicht. Harpner winkte einem Träger und wies auf den Koffer zu seinen Füßen.

„Sie finden darin alles, was Sie brauchen," sagte er zu Andrea, „und nun glückliche Reise! Trotz allem, was Sie mir vorhin sagten, glaube ich nicht, daß mein Glück mich ganz verlassen hat, und wir uns nicht doch eines Tages wiedersehen!"

Ohne zu antworten, betrat Andrea die Bahnhofshalle. Kurz darauf fuhr der Süd-Expreß ab.

Nun erst übermannte Andrea die Verzweiflung über ihre Lage. Halb von Sinnen langte sie in Triest an. Am Weg zum Hafenplatz stürzte sie ohnmächtig zu Boden. Man schaffte sie in ein Hospital, wo die schwere Nervenkrise, die sie durchgemacht hatte, sie wochenlang zwischen Tod und Leben hielt. Sie lag dort unter dem Namen Marta Eibenschütz auf den die ihr von Harpner gegebenen Papiere lauteten.

Dem Arzt gab sie an, eine Waise, ohne Verwandte und auf der Reise nach Aegypten begriffen zu sein.

Vor acht Tagen kam ihr zufällig ein Zeitungsblatt in die Hände, das eine kurze Notiz über den „Fall Rehbach" enthielt, dessen Schlußverhandlung für Montag, den 20. November, angesetzt sei.

Die Tatsache, daß der Mann, den sie mit allen Fasern des Herzens liebte, für Harpners Tat verantwortlich gemacht wurde, traf sie blitzartig und weckte jäh alle schon erloschene Energie in ihr.

Nun gab es für sie keinen Zweifel mehr, was sie zu tun hatte. Mochte für sie und andere daraus entstehen, was da wollte, jetzt durfte die Wahrheit nicht länger verschwiegen bleiben. Da sie aus der Notiz ersah, daß ich Rehbachs Verteidigung übernommen hatte, fuhr sie, in Berlin angekommen, direkt zu mir.

Ihre namenlose Freude, als sie erfuhr, wie unschuldig ihr Vetter Willy an dem Diebstahl sei, und daß der angebliche Verdacht gegen sie nur eine Lüge Harpners war, können Sie sich kaum vorstellen.

Daß sich Rehbachs Schweigen nun sehr leicht erklärt aus dem Umstand daß er von Harpners Anwesenheit nichts wußte und Andrea selbst für die Täterin halten mußte, brauche ich Ihnen kaum zu sagen. Wahrscheinlich quälte er sich im stillen mit der Annahme sie habe sich so eines ehemaligen Liebhabers entledigt, der zwischen ihr und ihrem Glücke stand.

Es erübrigt mir nur, Ihnen mitzuteilen, daß ich Andrea Drewendt vorläufig bei Ihrer Mutter untergebracht habe, was Sie hoffentlich billigen. Natürlich wird sie morgen unsere Entlastungszeugin. Ob man ihr glauben und Harpner nicht einfach als den bekannten „großen Unbekannten" ansehen wird, welchen Schuldigen so gern zu ihrer Entlastung heranziehen, ist eine andere Frage.

Hoffen wir das Beste! Rehbach werde ich — zu seinem Trost — heute noch alles mitteilen. Seine Verteidigung wird dann wohl auf einen ganz anderen Ton gestimmt sein. Sie werden doch bestimmt zur Verhandlung erscheinen? Und damit Gott befohlen!

Dr. Holly."

23. Kapitel.

Fernau faltete die engbeschriebenen Blätter zusammen und schob sie tief aufatmend in die Brusttasche.

Andrea Drewendt gefunden!

Welche Freude würde dies für den alten Baron sein, wie sehr würde ihm dies die schmerzliche Enttäuschung über Valentin erleichtern! Und wie klar lag nun der ganze, schändliche, weitangelegte Plan dieses Mannes zutage!

Er, der alles, was er war und besaß, den Drewendts verdankte, begnügte sich nicht mit der sorglosen Zukunft, die Baron David ihm auf jeden Fall gesichert hätte. Seine Habgier wollte alles an sich reißen, das ganze Riesenvermögen, die unumschränkte Gewalt darüber.

Aus Adolf Lauterbecks Worten an seine Schwester ließ sich jetzt klar der Schluß ziehen, daß er auf irgend eine Weise von Baron Davids Absicht, seinen Sohn oder dessen Nachkommen zum Haupterben zu machen, erfahren und mit Valentin darüber gesprochen hatte.

Ahnungslos natürlich, welche Pläne dies in dessen habgieriger Seele weckte. Als er dann, offenbar wieder nur durch Zufall, diese Pläne ahnte und Valentins Schritte überwachte, mußte er sterben: ebenso Andreas, der jünger und kräftiger als sein Bruder diesen wahrscheinlich überlebt hätte und nicht nur Erbe, sondern auch Testamentsvollstrecker geworden wäre.

Außerdem war er überhaupt ein stiller Gegner Valentins. Dann wurde die Verbindung mit Melanie angestrebt, gleichzeitig aber auch dafür vorgearbeitet, Andrea an ihre Stelle zu setzen, wenn der erste Plan mißlang.

Die im letzten Moment von Harpner — der niemand anders war als Valentin — gemachte Liebeserklärung bewies dies zweifellos. Darum ergab er sich auch so bereitwillig in Melanies Abweisung. Sicher hatte er die Absicht, eines Tages, wenn erst Gras über die Geschichte gewachsen war, Andrea selbst als Enkelin Baron Davids zu „entdecken" und zu seiner Frau zu machen oder sie überhaupt erst als solche zum Vorschein zu bringen.

„Welch ein Mensch!" dachte Fernau wieder und wieder. „Und zu denken, daß ich ohne die beiden Fingerabdrücke nie den Zusammenhang dieser scheinbar so gar nicht in Verbindung stehenden Vorgänge herausgefunden hätte! Hielt ich doch anfangs Rehbach für den Mörder vom Winzerhaus."

Dann sprangen seine Gedanken ab zu den gestrigen Ereignissen.

„Aber wo bleibt er denn nur?" dachte er ungeduldig ans Fenster tretend und die Straße hinabspähend. „Schon 10 Uhr vorüber! Warum kommt er nicht wie sonst um nach Baron David zu sehen und ihm über das Feuer Bericht zu erstatten, worauf hier schon alle ungeduldig warten? Sollte er Verdacht geschöpft und mich etwa doch im Schlehdorngestrüpp bemerkt haben? Aber nein — dann lebte ich wohl kaum mehr..."

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag.

Arbeitseinkommen und Lebenshaltungskosten.

Karlsruhe, 23. Jan. 1925.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung mit der Bekanntgabe neuer Eingänge, darunter eine Anfrage des Abg. Zegelmaier-Oberkirch (Ztr.) betr. die bad. Eisenbahnwerkstätten.

Zunächst wird eine kurze Anfrage des Abg. Maier (Dnatl.) verlesen über die Prämienzahlung der Reichsbahngesellschaft an einen Teil der Angestellten und Beamten. In dieser kleinen Anfrage wird darauf hingewiesen, daß dieses Geschäftsgebaren der Reichsbahngesellschaft in weiten Kreisen erheblichen Anstoß erregt hat, zumal nur der kleinste Teil der Beamtenschaft mit Gratifikationen bedacht worden ist. Die Gratifikationen seien auch durchaus unsozial abgestuft. Da die Reichsbahngesellschaft den wiederholten Forderungen vor allem aus der badischen Industrie und landwirtschaftlichen Kreisen auf Herabsetzung der Tarifsätze für Frachten nicht nachgekommen ist, so sei die Prämienzahlung doppelt verwunderlich. Das Volk betrachtet die Form der Reichsbahn als Gesellschaft nur als eine Notform und sieht in ihr immer noch eine öffentliche Anstalt.

Namens der badischen Regierung erklärte Oberregierungsrat Dr. Seeger: Ueber die Verteilung von Prämien bei der Reichsbahngesellschaft hat die badische Regierung keine Unterlagen; es sind ihr auch keine Grundsätze bekannt, nach welchen die Verteilung erfolgt, noch hat sie Nachrichten über die Höhe der gewährten Prämien. Die badische Regierung hat nach dem Staatsvertrag keine Rechtshandhabe, auf Grund deren sie Unterlagen verlangen könnte. Die badische Regierung verhehlt nicht, daß sie das Prämiensystem, von dem feststeht, daß es nur einem kleinen Teil der Beamten zugute kam (hört, hört!), nicht gutheißen kann und zwar auch deshalb nicht, weil nach ihrer Ansicht dieses System sich mit einem beamtenmäßig aufgezogenen Apparat schwer vereinbaren läßt und eine Quelle der Unzufriedenheit bildet. Die badische Regierung wird mit Rücksicht, daß sich in unserem Lande eine stark fühlbare Sparpolitik der Reichsbahngesellschaft geltend macht (Nichtausführung mehrerer begonnener Bahnbauten und Schließung der Werkstätte Offenburg), Veranlassung nehmen, ihre Auffassung zur vorliegenden Frage der Reichsbahngesellschaft gegenüber Ausdruck zu geben.

Zu einer Erklärung erhält alsdann das Wort der Abg. Gebhard (Vdb.): sie betrifft die Haltung des Zentrums im Ausschuß zu der Gebäudesondersteuer und weist den vom Abg. Wittemann gemachten Vorwurf der „Wahllüge" zurück.

Abg. Wittemann (Ztr.) hält seine Behauptung aufrecht. (Protest des Landbunds.) Die damalige Haltung des Zentrums hänge mit Kompromißverhandlungen zusammen, um etwas Erträgliches zustande zu bringen, nicht mit der Haltung der Sozialdemokratie. Abg. Kläber (Vdb.) wird wegen des Ausdrucks „Verdrehung" gerügt.

Abg. Rüger (Ztr.) berichtet hierauf für den Haushaltsausschuß über die zu der Interpellation betr. den

deutsch-spanischen Handelsvertrag

vorliegenden Anträge: Schill (Ztr.) u. Gen., Schmidt-Bretten (Dnatl.) und Gebhard (Vdb.). Diese verlangen Herabsetzung der Reichsweinsteuer, Erlassung der Umsatzsteuer für inländische Weine und Erhöhung der Einfuhrzollsätze.

Der Berichterstatter referiert über den Gang der gestrigen Verhandlungen im Haushaltsausschuß, wo im wesentlichen wieder die gleichen Gesichtspunkte für und wider (Industrie und Weinbau) zur Aussprache kamen wie in der vorgestrigen Plenarberatung. Das Ergebnis der Beratung kam in einem Beschluß zum Ausdruck, den wir in dem gestrigen Bericht über die Ausschußsitzung veröffentlicht haben.

Eine Diskussion findet nicht statt. Die Abstimmung hatte folgendes Resultat: Abs. 1 des Haushaltsausschußantrages (genügender Zollschutz für Wein) wurde mit allen gegen 3 (komm.) Stimmen und 12 (soz.-dem.) Enthaltungen angenommen. Abs. 2 (Aufhebung oder wesentliche Herabsetzung der Reichsweinsteuer und der Umsatzsteuer für inländische Weine) wurde einstimmig angenommen. Abs. 3 (Neueinschätzung des Steuerwertes der Weinberge) ebenso. Der ganze Antrag fand Annahme mit allen Stimmen bei drei Enthaltungen.

Es folgte die Beratung der Förml. Anfrage Maier (Soz.) u. Gen. betr.

Ausgleich zwischen Löhnen und Gehältern.

Die Anfrage wird begründet durch Abg. Horter (Soz.). Unter den Arbeitern und Angestellten entstand Beunruhigung, als sie im letzten Sommer erfuhren, daß der Reichsfinanzminister gegen eine Erhöhung der Löhne und Gehälter im privaten Gewerbe hinwirke, während die Bestrebungen, die Preise zu senken, erfolglos waren; die Warenpreise sind vielmehr gestiegen, wie die Ergebnisse des statist. Amtes in Karlsruhe zeigen. Die Löhne sind inzwischen etwas gesteigert worden, aber noch nicht ausreichend, zumal bei den steigenden Preisen. Bedauerlich ist, daß Arbeitgeber sich bemühen, trotz der großen Arbeitslosigkeit — zum Zwecke des Lohndruckes — ausländische Arbeiter heranzuziehen, weil es bei uns an Facharbeitern mangle. Ein solcher Mangel besteht aber nicht. Der Ueberfluß an Milch kommt daher, daß Arbeiter und Angestellte nicht genügend Milch kaufen können. Die Regierung sollte mit einem guten Beispiel in der Gestaltung der Löhne vorangehen und alles versuchen, um die Notlage zu mildern. (Beifall.)

Innenminister Remmele: Die Teuerung hat tatsächlich zugenommen, wie der steigende Teuerungsindex zeigt. Baden ist ein besonders teures Land geworden. Die Klagen der Minderbemittelten sind darum berechtigt. Die Teuerung kommt in erster Linie von der schlechten Ernte 1924. Mit der Aufhebung der Zollschranken an Rhein und Ruhr hat die wilde Einfuhr aus Frankreich (namentlich in Mehl) aufgehört, was ebenfalls verteuernd wirkte. Es muß der weltwirtschaftliche Ausgleich des Lebensmittelmarktes, also der normale Wirtschaftsverkehr wieder erlangt werden, damit die sprunghafte Gestaltung der Preise aufhört. Die Regierung hat allerdings einen Preisdruck erstrebt; leider vergebens. Darum ist die badische Regierung für eine Anpassung der Löhne an den Lebensmittelindex eingetreten, die Industrie aber im Interesse ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, nicht darauf eingegangen. Die Teuerung ist übrigens international. Von einer schriftlichen Anweisung der Reichsregierung an die Schiedsrichter, die Löhne nicht zu erhöhen, ist der bad. Regierung nichts bekannt. Die bad. Regierung ist bereit, den Vorgängen auf dem Lebensmittelmarkt ihre Aufmerksamkeit zu schenken und das Nötige zu tun; das sind aber nur beschränkte Behelfe — Arbeiter, Angestellte und Beamten müssen selbst durch ihre Organisationen das Ihrige tun, um Besserung zu erzielen.

In der Diskussion spricht zunächst Abg. Heurich (Zentr.): Die Interessen der einzelnen Stände sollen nicht einseitig vertreten werden. Erfreulich war die Erklärung des Ministers, daß Hilfe nur geschaffen werden kann, wenn die Löhne den Preisen angepaßt werden. Das Zollproblem ist eines der wichtigsten für die deutsche Industrie. Die Industrie spricht immer von der Unmöglichkeit der Lohnerhöhung aus Konkurrenzgründen; die Verarmung der großen Massen ist aber heute so groß, daß auch die Industrie das Ihrige tun muß zur Abhilfe. Der deutsche Reallohn ist in schrecklicher Weise gesunken; also Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung ist das Gebot der Stunde. Hebung der Arbeitsfreude, anständige Behandlung der Arbeiter soll das Ziel aller verständigen Arbeitgeber sein — zur Hebung der Produktion. Tausende von Arbeitern sind entlassen worden; leitende Posten wurden es aber eher mehr in der Industrie. Auf das Heute dürfen wir uns nicht bloß einstellen. Der soziale Gedanke muß wieder mehr belebt werden; im Geist der Arbeitsgemeinschaft müssen auch die Unternehmer wirken. Die Arbeiter sind Geschöpfe Gottes, nicht bloß Arbeitstiere. Wir müssen konkurrenzfähig sein, darum fordern die Arbeiter ein schrittweises Anpassen der Löhne an die Lebenskosten. Redner zieht einen Vergleich zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Beamtengehältern und erklärt, daß der qualifizierte gelernte Arbeiter ebenfalls seine geistige Kraft bei der Arbeit aufwenden muß (nicht bloß die studierten Leute). Der qualifizierte Arbeiter kann aber heute nicht mehr mit Gruppe 1 und 2 der Beamtenbesoldung verglichen werden (früher mit Gruppe 4). Das gibt Erbitterung in der Arbeiterschaft. Direktoren der Industrie stehen an Gehältern meist über unseren Ministern im Reich und den Ländern. Wir verlangen mit Nachdruck den sozialen Ausgleich: „Jedem das Seine" Redner erhebt noch Forderungen für die Erwerbslosenversicherung. Einkehr bei allen Ständen im Sinne der Volksgemeinschaft — sei die Losung. (Beifall.)

Abg. Mager (d.-natl.): Die Frage der Leistungsfähigkeit der Industrie steht im Vordergrunde. Wir werden für längere Zeit unter der Lebenshaltung der Vorkriegszeit bleiben müssen. Verbilligung der Produktion durch Ersparung an Löhnen ist nicht Feindseligkeit gegen die Arbeiter, sondern unter Umständen eine Notwendigkeit für die Industrie. Auch der Kredit ist heute zu teuer. (Der Redner wird vielfach durch Zwischenrufe soz.-dem. Abgeordneter unterbrochen.) Wir müssen durch alle Mittel suchen unsere Produktion zu verbilligen, sonst sind wir nicht konkurrenzfähig und alle Produktion hilft uns nichts.

Abg. Weißmann (Soz.) spricht zu der Frage der Einstellung der Arbeiterlöhne in die staatlichen Besoldungstarife. Es ist ein Skandal, wie man gelernte Arbeiter in der Reichsbesoldungsordnung behandelt. Auch hier muß Besserung eintreten. Es liegt ein großes Mißverhältnis vor zwischen der Bezahlung der Arbeiter und der Direktoren. Der englische und der amerikanische Arbeiter leben besser als der deutsche. Redner weist auf die große Zahl der Selbstmorde hin. Der Staat kann den verlangten Ausgleich zwischen Löhnen und Preisen nicht schaffen; das müssen die Gewerkschaften leisten.

Abg. Ritter (Komm.): Die Unternehmer haben heute wieder die Macht in Händen und tyrannisieren die Arbeiter. Die Lohnfrage ist eine Machtfrage. Die Produktion kann verbilligt werden; in Mannheim ist ein Betrieb mit 27 Direktoren. In die Arbeiterschaft sucht man immer einen Keil zu treiben, damit ihre Aktionskraft geschwächt wird. Die Gewerkschaften, die nur mit Worten kämpfen, stehen auf dem Boden des Klassenstaats, sind also unfähig zum Kampf gegen das Unternehmertum; dieser Kampf muß auf andere Weise ausgefochten werden. Eine Besserung der Lage kann nur durch eine Diktatur der Arbeiterklasse erzielt werden.

Abg. Wilser (Lib. Vp.): Ein Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen besteht vielfach; aber auch der Mangel an Verständnis bei vielen dafür, daß wir den Krieg verloren haben und anders leben müssen als vorher. Redner wendet sich gegen den Vorwurf Heurichs, daß der Handel nicht kalkulieren könne. Preisvereinbarungen sind längst hinfällig geworden. Eine Ueberwucherung des Volkes liegt nicht vor. Das Steigen der Getreidepreise hat ihre Ursache im Steigen des amerikanischen Weizenpreises. Aufgabe der deutschen Industrie ist es, allenthalben rationell zu arbeiten, woran es noch sehr fehlt. Verteuernd wirken auch die Kreditverhältnisse. Die Vorkriegswerte der Betriebe sind um 50 und mehr Prozent zurückgegangen. Die Ausverkäufe der Geschäfte sind auf das Bedürfnis, rasch Geld hereinzubekommen, zurückzuführen. Das Ausgeben von Wechseln ist außerordentlich schwierig, und solange die Reichsbank in deren Annahme nicht entgegenkommender ist, wird es nicht besser. Zu den Direktorengehältern weist Redner auf die hohe Verantwortung dieser Herren hin; ein Abbau ihrer Gehälter würde übrigens im finanziellen Effekt nicht viel ausmachen. Redner äußert sich noch über die Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften: Beamte, die da mitwirken, sollten diejenigen Warenkenntnisse, die sie sich dienstlich erwerben, nicht im Interesse der Genossenschaft verwerten dürfen. (Redner führt einen solchen Fall an.)

Abg. Freidhof (Soz.) polemisiert gegen den Abg. Mager (d.-nat.). Qualitätsarbeit, die für den Weltmarkt notwendig ist, kann nur von einer gut bezahlten und ernährten Arbeiterschaft hergestellt werden. Auch der deutsche Inlandmarkt muß gekräftigt werden. Die ausländischen Arbeiter lehnt Redner nicht an sich, sondern nur als Lohndrücker ab. Weiter polemisiert er gegen Abg. Wilser: Die Lebensmittelgeschäfte haben sich bedeutend vermehrt (in Berlin um 5000 gegen 1914) und der Konsum ist zurückgegangen, also müssen die Preise höher sein, damit die Geschäfte existieren können. An der Steigerung der Getreidepreise ist auch die Aufhebung des deutschen Ausfuhrverbots für Getreide schuld. Die Kinder leiden in großem Umfange an Unterernährung. Groß ist auch die Not derer, die nicht mehr verdienen können wegen Krankheit, Alter; auch für diese muß der Landtag etwas tun. Redner polemisiert noch gegen Abg. Ritter (Komm.), der kein Recht habe, dem bürgerlichen Staate Vorwürfe zu machen; denn die Kommunisten haben das wichtigste Instrument des Arbeiterkampfes, die Gewerkschaften, zerschlagen. (Beifall bei den Soz.-Demokraten.)

Abg. Hofheinz (Dem.): Die untere Grenze des Lohneinkommens, bei der ein Existenzminimum noch möglich ist, ist nicht überall erreicht. Es liegt eine Einkommensdrückung vor. Wenn der Staat erhalten werden soll, dann kann man nicht immer Hunderttausende von Hungernden haben. Wir haben heute etwa 50 Prozent mehr Handelsstellen als früher. Zwangsmaßnahmen zur Senkung der Preise führen nicht zum Ziele. Es wäre vielleicht schon mehr erreicht worde, wenn die Gewerkschaften hätten aktiver sein können. Wegen des Vergleichs zwischen Beamten und Arbeitern möchte Redner bitten, diesen Streit nicht anzufangen; man muß sich gegenseitig helfen.

Abg. Eberhard (Ztr.): Die Teuerung geht über die deutschen Grenzen weit hinaus. Aber in andern Ländern hat man versucht, einen Ausgleich zu schaffen, den man in Deutschland vergeblich sucht; gerade die Schwerindustrie verhindert es, und die Kleinindustrie fügt sich dem. Bei Lohnverhandlungen lernt man kennen, welche Kräfte am Werke sind, um einen Ausgleich zwischen Löhnen und Preisen zu verhindern. Redner schildert als charakteristisches Beispiel den Lohnkampf der Metallarbeiter in Mannheim. Diese Nadelstichpolitik der Unternehmer in den Betrieben bringt große Unzufriedenheit und Beunruhigung in die Arbeiter. Auch die Kommunisten haben die Tätigkeit der Gewerkschaften schwer geschädigt. In Textilbetrieben gibt es Wochenlöhne von 15—16 Mk., in anderen Betrieben 12—18 Mark. Der Arbeiterstand hat sich noch keine eigene Kultur schaffen können, heute ist es weniger möglich als früher. Der Einwand, die Wirtschaft könne eine Lohnerhöhung nicht ertragen, trifft nicht allgemein zu. Möge die Notlage der Arbeiterschaft endlich Verständnis finden bei der Unternehmerschaft. Redner zitiert in diesem Sinne eine Rede des christlichen Gewerkschaftsführers Imbusch. (Beif.)

Abg. Frau Unger (Komm.): Man erkennt wohl Not und Elend in der Arbeiterschaft, aber man tut nichts zur Abhilfe. Redner greift in scharfer Weise die Haltung der Gewerkschaften aller Richtungen an, die in ihrem Bürokratismus nichts erreicht hätten. (Zuruf: Was habt denn Ihr erreicht?") Und jetzt sollen die Kommunisten der Sündenbock sein! Die „Arbeitsgemeinschaft" war ein grundsätzlicher Verrat am Klassenkampf; daher der Bankerott.

Abg. Frau Siebert (Ztr.): Das reale Bild des großen, bei uns herrschenden Elends sehe nicht der Vorrednerin doch nicht vor Augen gestanden zu haben. Rednerin verteidigt die christlichen Gewerkschaften, die neben der Arbeit auch auf dem Wirtschaftsgebiet die christlichen Grundsätze hoch halten. Die Arbeitskraft des Menschen ist ein Geschenk Gottes, vor dem auch der Arbeitgeber Respekt haben muß. Er hat es nicht, wenn er alles nur unter materiellem Gesichtspunkt betrachtet.

Abg. Mager (Dnatl.) stellt seine Ausführungen gegen Einwendungen des Abg. Freidhof richtig. Abg. Rückert (Soz.) nennt die Rede der Frau Unger ein fortgesetztes „Phrasengeklingel" und verteidigt die Gewerkschaften gegen die Anwürfe der kommunistischen Abgeordneten. Nur die ganz Dummen seien in der Lage, den Kommunisten nachzulaufen!

Hier wird abgebrochen, nachdem zwei weitere Punkte der Tagesordnung auf eine der nächsten Sitzungen verschoben wurden. In der nächsten Woche werden Fraktions- und Ausschußsitzungen stattfinden. Die nächste Plenarsitzung des Landtags ist auf Dienstag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, festgesetzt.

Das Bamberger Dom-Problem

Prof. L. Segmüller (Pforzheim).

Heute handelt es sich für uns nicht um eine kunsthistorische Abhandlung über die Bedeutung des Bamberger Domes oder um die historische Bestimmung seiner Statuen, sondern um die Frage seiner weiteren Ausschmückung.

Wenn wir dazu Stellung nehmen, so geschieht dies nicht im Hinblick auf die Lösung dieses Problems — sie ist eine rein bayerische Angelegenheit — ; für uns erscheinen allein die Schlußfolgerungen richtig, die aus der Angelegenheit auch für unsere badischen Verhältnisse zu ziehen sind.

Unserer Betrachtung liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Das Bamberger Domkapitel hat sich entschlossen seinen herrlichen Dom mit monumentalen Wandgemälden schmücken zu lassen, um die tatsächlich vorhandene Nüchternheit des Innenbaues etwas zu beleben, wie ja bekanntlich nahezu alle Kirchen gleichen Stils, soweit sie in historischer Zeit vollendet wurden, reich mit Fresken und Mosaiken ausgeziert worden waren. Als ausführender Künstler ist Professor Beder-Gunothal (München), der durch seine zwei großen Monumentalfresken: „Die Hochzeit zu Kanaa" und „Das Abendmahl" in der St. Annakirche zu München, dem Beweis erbracht hat, daß er zurzeit in Deutschland vielleicht der einzige moderne Künstler ist, der eine so gewaltige Aufgabe im großen Stil aufzufassen vermag.

Nun hat sich kürzlich in einer ad hoc einberufenen Versammlung eine größere Anzahl namhafter Persönlichkeiten gegen dieses Vorhaben ausgesprochen, den Standpunkt vertretend, daß der Bamberger Dom in seinem jetzigen Zustand erhalten werden müsse. Die Künstlerschaft, voran die bayerische Akademie der bildenden Künste mit Herrn Präsidenten Architekt Geheimrat Bestelmann, weist darauf hin, daß die genannte Versammlung zumeist aus Autoritäten auf anderen Gebieten und Kunsthistorikern bestanden habe. Die Künstler vertreten mit Recht die Meinung, daß keine Kirche ein Museum sei, sondern ein lebendiger Faktor des Geistes sowohl als Kunstwerk wie als Ort segenspendender heiliger Handlung für die lebende Menschheit. Als solcher habe sie auch Anspruch auf künstlerische Ausgestaltung im Sinne neuzeitlichen Lebens und im Geiste neuzeitlicher Kunst.

Man darf wohl hoffen, daß das Ministerium, gestützt auf die Gutachten der die bayerischen Kirchen überwachenden Kunstbehörde, das großzügige und weitblickende Vorgehen des Bamberger Domkapitels durch Genehmigung anerkennen wird. Damit aber wäre wieder ein neues beachtendes Vorbild dafür gegeben, daß man die Portale unserer katholischen Kirchen der zeitgemäßen Kunst weit öffnen soll.

Was aber ist zeitgemäße Kunst?

Unter der Voraussetzung der Erfüllung liturgischer Forderungen und künstlerischer Qualität verstehen wir eine Gestaltung, welche aus den modernen Lebenserscheinungen heraus als Niederschlag neuzeitlicher Anschauung geboren ist, d. h. eine Kunst, die auf die Nachahmung historischer Formgebung verzichtet und persönlich ist, wie es das Schaffen alter Meister war.

Man wird uns entgegenhalten: schließlich mag diese Ansicht noch bei einer modernen Kirche berechtigt erscheinen. Aber sollen wir vielleicht alte gotische oder Barockkirchen mit modernen Gemälden und Plastiken ausstatten lassen? Wo bleibt da die so sehr gewünschte Einheitlichkeit des Stiles?

Mit Verlaub. Hält man es für „Einheitlichkeit des Stiles", wenn man z. B. in alte geschichtliche Bauwerke, wie z. B. in eine der Kirchen des Hirsauer Stils, romanische Gemälde aus unserer Zeit oder in das Freiburger Münster „neuzeitliche" gotische Plastiken brächte?

Mit Nichten. Derartige imitierende Machwerke wären höchstens für den die Träger einer einheitlichen Stilistik, der seine kunsthistorische Brille ohne Gläser aufgesetzt hat. Von jedem einigermaßen kunstempfindenden Menschen aber würden sie als Schlag gegen die ehrfürchtig zu achtende geschichtliche Baugesinnung empfunden werden.

Man braucht leider seine Beobachtung nicht auf weiten Umkreis auszudehnen, so findet man genug solchen Nachahmungskitsches in historischen und neuen Kirchen. Es ist ja auch einfach (und billig) für das Gotteshaus aus dem Katalog einer „christlichen Kunstanstalt" eine Dutzendstatue herauszuwählen (meist aus Gips) oder eine „Immerwährende Hilfe", die gleich von drei Künstlern gemacht ist, nämlich von dem Lehrbuben, der die Madonna aufpaust und den Hintergrund aufträgt, von der Malerin, die mit dem „großen" Pinsel das Braun des Kleides (gleichzeitig an zehn Bildern) aufmalt und endlich dem Obermaler, der die Fleischteile, Augen und die Goldglanzlichter des Gewandes aufsetzt. Es geht schnell und man weiß, was man hat; während man bei Heranziehung eines Künstlers immer ein klein wenig Angst haben muß, was etwa herauskommt.

Dieser „einfache" Weg, der den Stifter, das liebe Publikum (und sagen wir es offen) auch manchen Geistlichen befriedigt, hat uns viele Kirchen künstlerisch entwertet oder zum mindesten im Wert herabgesetzt. Jetzt, da sich da und dort Stiftergeist wieder hervor tut, sollte man endlich mit solchen Gepflogenheiten brechen.

Heraus mit all dem Imitationskitsch! Man gründe dafür eine Sammelstelle und verkaufe ins Ausland! Es besteht zwischen ihm und alten und neuen Bauwerken kein stilistischer Zusammenhang — nicht einmal formal, da die Stilform meist nicht anders als falsch ist.

Wer nämlich in der (scheinbaren) formalen Uebereinstimmung die künstlerische Einheit sucht, geht fehl. Beide finden wir nur in Werken aus der gleichen stilistischen Entstehungszeit, niemals aber auf dem Wege der Imitation.

Künstlerische Einheit ist weit höheres als Gleichheit von Formelementen.

Sie ist auch vorhanden, wo Kunstwerke verschiedener Kulturepochen und Stile am gleichen Ort zusammentreffen. Nämlich dann, wenn diese Schöpfungen zeitgemäße, künstlerische Leistungen darstellen.

Die alten Meister schufen immer aus der Zeit heraus. Wurde ein Werk in einer Stilperiode nicht vollendet, so erfolgte der Weiterbau und die Vollendung eben in späteren Stilweisen. Man betrachte den Mainzer Dom mit seiner romanischen Grundanlage und seiner barocken Turmspitze oder den Stilwandel des Straßburger Münsters vom Romanischen bis zur Spätgotik! Oder näher Maulbronn mit seinen stilistischen Zeitdokumenten, wo man die flache romanische Decke der Basilika durch ein damals höchst „modernes" Spitzbogengewölbe ersetzte und eine Seite mit gotischen Seitenkapellen durchbrach!

Waren nicht die Fresken Giottos und jene Massaccios oder die Ausmalung der Sixtina in Rom durch Michelangelo zu ihrer Zeit von unerhörter Modernität?

Wer möchte dem toskanisch-romanischen Dom in Florenz einen anderen Abschluß wünschen als die Renaissancekuppel, die nicht nur zum Wahrzeichen dieser schönen Stadt am Arno, sondern zum Auftakt der Renaissance überhaupt geworden ist?

Nein, die alten Meister waren keine Nachahmer früherer Kunstformen, sie äußerten sich in ihren Werken immer modern.

Und die katholische Kirche hat es in allen geschichtlichen Perioden gewagt, als fruchtbare Beschützerin, als weitblickender Mäcen der modernen Kunst hervorzutreten.

Das Domkapitel zu Bamberg folgt also großen, alten kirchlichen Traditionen.

Darum: Gehet hin und tut desgleichen!

Zwei Anfragen.

Der Abg. Dr. Föhr brachte im badischen Landtag folgende beiden Kurzen Anfragen ein:

1. Konfessionelle Verhetzung durch Stadtpfarrer Renner-Karlsruhe.

Ist der badischen Regierung bekannt, daß gegen den evangelischen Stadtpfarrer Renner in Karlsruhe öffentlich der Vorwurf erhoben wurde, die Politik in die Schule getragen und durch verleumderische Schmähung des katholischen Volksteils konfessionelle Verhetzung übelster Sorte getrieben zu haben? (Vgl. Bad. Beob. Nr. 21.)

Welches ist das Ergebnis der Feststellungen der Regierung in dieser Angelegenheit und welche Maßnahmen wurden daraufhin getroffen?

Ich begnüge mich vorläufig mit einer schriftlichen Antwort.

Karlsruhe, den 23. Januar 1925.
Dr. Föhr.

2. Reichsgründunssfeier der Universität Freiburg i. Br.

Sind der Regierung die Vorgänge bekannt, die sich bei der Reichsgründungsgedächtnisfeier der Universität Freiburg am 17. Jan. 1925 sowohl in der Aula der Universität als auch bei dem Fackelzug zum Bismarckdenkmal auf den Schloßberg abgespielt haben?

Ist der Regierung insbesondere der Wortlaut der Ausführungen des offiziellen Festredners Prof. Marschall von Bieberstein bekannt und ist sie bereit, dieselben, soweit sie eine Provokation der heutigen Staatsform enthalten, dem Hause bekannt zu geben?

Was hat die Regierung dagegen für Schritte unternommen und was gedenkt sie zu tun, um künftig derartigen Vorkommnissen vorzubeugen?

Karlsruhe, den 23. Januar 1925.
Dr. Föhr.

Karlsruhe

den 24. Januar 1925.

Eine betrübliche Erscheinung.

Es ist eine bedauerliche Tatsache, die aber sicher von vielen festgestellt worden ist und bezeugt werden kann, daß es für Frauen und Mädchen nicht ratsam ist, sich nach Einbruch der Dunkelheit außerhalb des Hauses zu zeigen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, sich Belästigungen und womöglich noch Schlimmerem auszusetzen. Wir wissen nicht, wie die Verhältnisse in der Vorkriegszeit und während des Kriegs in Karlsruhe waren, aber das eine steht fest, daß die vorhin festgestellte betrübliche Erscheinung eine Gefahr ist, die die Abwehr und Gegenwehr aller auf Wohlanständigkeit und Sittlichkeit bedachten Frauen und Männer nachgerade zur Pflicht macht.

Es ist sicher schon weit gekommen, wenn sich der Polizeibericht damit befaßt. So meldet er in seiner gestrigen Ausgabe: Beschwerden über schamloses Verhalten Frauen und Mädchen gegenüber häufen sich in letzter Zeit. Es wird deshalb ersucht, über Wahrnehmungen gedachter Art dem nächsten Polizeiposten Mitteilung zu machen, damit womöglich die Festnahme der Täter erfolgen kann. Beim Erkennungsdienst des Landespolizeiamtes hier können außerdem Lichtbilder von nach § 183 R.St.G.B. vorbestraften Persönlichkeiten eingesehen werden.

Wir glauben, die Polizei allein genügt zur Eindämmung oder Beseitigung dieses Uebels nicht. Wie wäre es, wenn in Karlsruhe, ähnlich wie es in London, Hamburg und anderen Städten des In- und Auslandes geschieht, beherzte und zur Menschenliebe und -Sorge getriebene Frauen und Männer eine Art Nachtdienst einrichteten und so sicher mehr erreichen würden, als was der amtlichen Eigenschaft der Polizei je gelingen könnte.

)!(**Die Erhöhung der Brotpreise.** Vom Badischen Bäcker-Innungs-Verband wird uns geschrieben: Obwohl die Ende September gültigen Mehlpreise einen höheren Brotpreis gerechtfertigt hätten, hat das badische Bäckergewerbe im Bewußtsein der Bedeutung einer Brotpreiserhöhung damals davon abgesehen, seine Preise den tatsächlichen Mehlpreisen anzupassen. In der Zwischenzeit ist eine ständige Steigerung der Mehlpreise erfolgt und der Mehrpreis beträgt heute 7 Mk. für 100 kg (ca. 20 Prozent). Aus 100 kg Mehl werden 90 Laib Brot zu je 3 Pfund erbacken, hieraus ergibt sich, daß eine Erhöhung von 8 Pfennig auf den großen Laib ohne weitere Begründung zu rechtfertigen wäre. Die in den letzten Tagen an verschiedenen Plätzen eingetretenen Brotpreiserhöhungen bleiben auch jetzt wesentlich hinter den Tagespreisen zurück, werden aber eine weitere Erhöoung erfahren müssen, wenn sich die Mehlpreise auf ihrer jetzigen Höhe halten oder gar, wie es leider nach den Marktberichten den Anschein hat, eine weitere Steigerung erfahren. Für die Gestaltung der Brotpreise ist einzig und allein die Veränderung der Mehlpreise maßgebend, auf die das Bäckergewerbe gar keinen Einfluß hat.

-:- **Aufruf der Billionen-Marknoten.** Wie die „Köln. Ztg." hört, soll der Aufruf des vor dem 11. Oktober vorigen Jahres ausgegebenen Papiergeldes Ende Januar oder Anfang Februar erfolgen. Die Umtauschfrist ist noch nicht bestimmt, doch müßten nach dem Münzgesetz die alten Billionenscheine noch drei Monate nach Abruf als gesetzliche Zahlungsmittel gelten.

)!(**Die Schützengesellschaft Karlsruhe** stellt alljährlich für den Winter ein auserlesenes Programm gesellschaftlicher Veranstaltungen auf, in dem sich der Herrenabend seit Jahren einer besonders großen Beliebtheit erfreut. Der Saal der Eintracht war deshalb auch am letzten Samstag dicht besetzt und sehr bald herrschte bei den Klängen einer Abteilung des Harmonieorchesters unter den Schützenbrüdern eine frohe, launige Stimmung. Herr Oberschützenmeister Zeumer, der sich in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit in arbeitsfreudiger, zielbewußter Weise betätigt hat, begrüßt im Verlauf des wohlgelungenen Abends die Erschienenen, besonders Herrn Oberbürgermeister Dr. Finter und Herrn Bürgermeister Sauer. Die Leitung des ersten Teils des Programms hatte der von der Excelsior-Diele her bekannte Konferenzier, Herr Blankart, übernommen. Mit prächtigen Liedern erfreuten die Herren Opernsänger Warth vom Bad. Landestheater und K. Heinz Löser. Eine recht originelle Filmszene brachte der Karlsruher Humorist Herr Sonntag jr. Die derzeitigen ausgezeichneten Kräfte, Wanda v. Wolzogen und Lena Otté der Excelsior-Künstlerspiele hatten einen erheblichen Teil des Programms übernommen. Im zweiten Teil hatte Paulchen Müller vom Landestheater das Amt des Ansagers übernommen und führte sich gleich selbst mit einigen sehr witzigen Vorträgen ein. Regina Rosé in ihrem indischen Tanz brachte eine der hervorragendsten Darbietungen des ganzen Abends, und auch das Tanzduett der Geschw. Rosé, eine schmissige Karnevalsszene, fand guten Anklang. Es wurden auch im zweiten Teil eine Fülle von hervorragenden Gesangs- und Tanzleistungen geboten, an denen die Herren Herz jr. (Kaffee Mozart), Schützenbrüder Wagner, Paul Müller und Humorist Sonntag besonderen Anteil hatten. Für das gute Gelingen des Abends sprach der Oberschützenmeister Herr Zeumer besonders Herrn Krespach den Dank des Vereins aus und nahm eine witzige Ehrung vor, die stürmischen Beifall hervorrief. Ein mit wertvollen Geschenken ausgestatteter Gabentempel fand reichen Zuspruch, und so hatte mancher Gelegenheit, einen wertvollen Gewinn mit nach Hause zu nehmen.

Tod durch Herzschlag. Ein 52 Jahre alter Gipser von hier erlitt am Donnerstag abend in der Scheffelstraße einen Herzschlag und war sofort tot.

Taschendiebstahl. Am Donnerstag abend halb 7 Uhr wurde am hiesigen Hauptbahnhof einem Reisenden aus Köln a. Rh. die Brieftasche mit 230 ℳ Inhalt und verschiedenen Papieren durch unbekannte Diebe aus der Rocktasche entwendet.

*

Bezirksverband Karlsruhe-Durlach-Ettlingen der kath. Jugend- und Jungmännervereine.

Der Rednerkurs, der am Montag dieser Woche abends mit dem Einleitungsvortrag des hochw. Herrn Prof. Barth seinen Anfang nahm, erfreut sich eines zahlreichen Besuchs. Es mußte deshalb zur Teilung in Kurs I (Dienstags) und Kurs II (Mittwochs) geschritten werden. Dienstag und Mittwoch dieser Woche hielt nach Abschluß der praktischen Uebungen der Bezirksleiter einen Vortrag über die Aufgaben der katholischen Aktion und über die Sonderaufgabe des Jugend- und Jungmännerverbandes innerhalb der kath. Aktion. Nachdem so die geistige, programmatische Grundlage für die Jugendarbeit vorgezeichnet ist, wird nächste Woche an beiden Kursabenden H. Herr Pfarrsekretär Jung in einem Vortrag „Betätigungsformen unserer Bewegung" die vollendete Schönheit einer zielklaren Gestaltung des Vereinsbetriebs zeigen. —rk.

*

Karlsruher Strafkammer.

Ein umfangreicher Falschmünzerprozeß, der schon einmal das Karlsruher Schöffengericht beschäftigt hatte, kam vor der Strafkammer, als Berufungsinstanz zum Aufruf und nahm den letzten Mittwoch und Donnerstag voll in Anspruch. Die Angeklagten, die gegen das seinerzeitige Urteil des Schöffengerichts Einspruch erhoben hatten, waren der Graveur Eduard Artur Becker, der Eisenbahnsekretär a. D. Karl Becker und dessen Ehefrau, der Uhrmacher Artur Träger, der Uhrmacher Karl Träger und der Uhrmacher Wilhelm Träger sowie der Kaufmann Franz Reinhard, sämtliche in Karlsruhe wohnhaft. Die falschen Papiergeldscheine (Einbillionenscheine und Zehnbillionenscheine) waren von dem Graveur Becker angefertigt und von den übrigen Angeklagten in verschiedenen badischen Städten abgesetzt worden. Auf die Spur der Falschmünzer kam man in den ersten Monaten des Jahres 1924 dadurch, daß die Ehefrau Becker in einem Laden mit einem dieser falschen Geldscheine bezahlte. Der betreffende Kaufmann erkannte sofort die Fälschung und die Polizei hatte innerhalb weniger Stunden die ganze Falschmünzerbande verhaftet. Mit ihrer Berufung gegen das schöffengerichtliche Urteil hatten die Angeklagten, wenigstens teilweise, Erfolg. Das am Donnerstag abend 11 Uhr nach zweitägiger Verhandlung gesprochene Urteil lautete wie folgt (das Urteil des Schöffengerichts ist in Klammer jeweils beigefügt): Eduard Becker 3 Jahre Gefängnis (3 Jahre Gefängnis), Karl Becker 2 Jahre Gefängnis (3 Jahre Gefängnis), Ehefrau Lisbeth Becker 7 Monate Gefängnis (1 Jahr), Artur Träger 3 Jahre Gefängnis (3 Jahre), Karl Träger 4 Monate Gefängnis (1 Jahr 6 Monate), Wilhelm Träger 1 Jahr 3 Monate (2 Jahre 3 Monate Gefängnis) und Franz Reinhard 1 Jahr Gefängnis (2½ Jahre Gefängnis). Den Angeklagten Eduard Becker, Karl Becker, Artur Träger, Wilhelm Träger und Franz Reinhard wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf je 3 Jahre aberkannt.

Veranstaltungen.

Vierter Kammermusikabend des Voigt-Quartetts. Der vierte Abend, der am Mittwoch, den 28. Januar, im Eintrachtssaal stattfindet, ist ein Trioabend des Badischen Trios. Wegen der zeitlichen Ausdehnung der gewählten Werke besteht das Programm nur aus zwei Trios: Tschaikowskis großes A-Moll-Trio „Dem Andenken eines großen Künstlers gewidmet" und Schuberts berühmtes B-Dur-Trio, von deren jedem man sagen möchte, daß es in seiner Monumentalität in der ganzen Literatur einzig dasteht. Da der Abend besonders genußreich zu werden verspricht, sei sein Besuch bestens empfohlen. Den Vorverkauf besorgt wie immer die Konzertdirektion Fritz Müller.

Fröhlich Pfalz — Gott erhalt's. Endlich ist es wieder möglich, die Pfalz zu besuchen. Da ist es wohl angebracht und zu begrüßen, wenn uns deren Schönheiten und Werte in Wort und Bild unserem Bewußtsein wieder nahegerückt werden. Diesem Zwecke soll die Veranstaltung der Bad. Lichtspiele im Konzerthaus dienen, die, wie wir annehmen, die zahlreichen Mitglieder der Pfälzer Vereine und alle Pfalzfreunde, aber auch sonst sehr viele Karlsruher darum herzlich begrüßen werden. Ein ganz neuer, hier erstmals zur Vorführung gelangender Film wird die Pfalz in ihrer landschaftlichen Schönheit und in ihrem munteren Volkstreiben, aber auch in ihrer ernsten Arbeit zeigen. Das hier bestens bekannte Doppelquartett „Turnfreunde" hat die gesangliche Begleitung übernommen. Die Teilnehmer an dem jüngst stattgehabten Dankesbesuch in der Pfalz werden sich der erfolgreichen Mitwirkung des Quartetts hierbei gern erinnern. Von den in Aussicht genommenen Liedern „D'Weinrees in d'Pfalz" und „Beim Kannewirt in Deidesheim" werden ob ihres humorvollen Inhaltes sicherlich besonderem Interesse begegnen. Wir hoffen, daß trotz der vielfachen Karnevalsveranstaltungen ein guter Besuch dieses Pfälzer Abends den Beweis erbringen wird, daß man hier die Pfalz und die Pfälzer nicht vergessen hat und sich heute der Möglichkeit freut, gelegentlich dort wieder zu Gast kommen zu können.

Handel u. Volkswirtschaft.

Börsenbericht.

Berlin, 23. Jan. An der Börse setzt sich immer mehr eine günstigere Auffassung über die Lage der deutschen Industrie durch, die wohl in der Hauptsache ausgelöst wurde durch die Ausführungen Geheimrat Deutschs auf der Generalversammlung der A.E.G. Die Börse eröffnete heute ausserordentlich lebhaft und besonders am Montanmarkt waren in der Hauptsache Geldkurse zu hören. Harpener eröffneten zum gestrigen Schlusskurs. Sehr gefragt waren auch oberschlesische Werte und Gelsenkirchen. Auch am Bankenmarkt setzte sich eine Aufwärtsbewegung durch, namentlich in Reichsbank, die begehrt waren. Petroleum- und Schiffahrtswerte wurden lebhaft getragt. Von Bahnwerten erweckten Hochbahn besonderes Interesse, die 1—2 Prozent gewannen. Lebhafter Verkehr entwickelte sich auch am Markt der ausländischen Renten, doch führten hier Gewinnrealisationen für bosnische und russische Anleihen leichte Abschwächungen herbei. Auch Elektrowerte fanden Interesse. Schuckert setzten etwa 1 Prozent höher ein. Auch schlesische Werte wurden lebhaft gehandelt. Oberkoks setzten mit plus 2 ein. Am heimischen Rentenmarkt zeigte sich eine hoffnungsfrohere Stimmung. Kriegsanleihe wurde mit 0,920 bis 0,925, 3½ Konsols mit 1,350—1,355 und 23er K.-Schätze mit 2,37½—2,40 gehandelt. Die Lage am Geldmarkt ist etwas erleichtert. Tägliches Geld wird noch immer gesucht, doch macht sich die Einengung nicht mehr so fühlbar, da die Ultimoglattstellungen teilweise wohl schon erledigt sind. Tägliches Geld etwa 8—12 Prozent, Monatsgeld 9½—12 Proz. p. a., Privatdiskont etwa 8 Proz. In Warenwechseln ist der Verkehr stark abgeflaut. Vom internationalen Devisenmarkt ist nichts von Bedeutung zu berichten. — Am Montanaktienmarkt gewannen die führenden Werte ca. ½ bis 1,5 Prozent. Köln-Neuessen setzten 3½ Bill. Prozent höher ein; Hohenlohe plus 1. Deutsch Kali holten die gestrige Abschwächung mit einem Gewinn von 1,5 wieder ein. Salzdetfurth plus 0,75. Von Chemiewerten waren Oberkoks um 2 Bill. Prozent gebessert, Akkumulatoren plus 2. Elektrische Lieferungen gewannen 3 Prozent, Schuckert leicht abgeschwächt. Von Bahnaktien setzten Hochbahn 4 Prozent höher ein, von Schiffahrtsaktien Hamburg-Süd um ½ gebessert. Berliner Handelsanteile 1,5. Reichsbankanteile zogen leicht an. Textilwerte leicht befestigt, desgleichen auch Maschinenwerte: Berlin-Karlsruher 2,25 höher. Löwe plus 4,5. Dt. Atlantic plus 0,5.

Berlin, 23. Jan.

Die **heutigen Devisennotierungen** stellen sich wie folgt:

	22. Jan.		23. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	169.27	169.69	169.34	169.76
Buen.-Aires	1.68	1.69	1.68	1.69
Brüssel	21.09	21.35	21.55	21.61
Christiania	63.92	64.08	64.02	64.18
Kopenhagen	74.76	74.94	75.01	75.19
Stockholm	113.04	113.32	113.01	113.29
Helsingfors	10.56	10.60	10.56	10.60
italien	17.34	17.38	17.36	17.40
London	20.08	20.18	20.14	20.19
New-York	4.20	4.20	4.20	4.20
Paris	22.71	22.77	22.76	22.82
Schweiz	80.83	81.03	80.94	81.14
Spanien	59.58	59.72	59.78	59.92
Lissabon	19.98	20.02	19.98	20.02
Japan	1.61	1.62	1.61	1.61
Rio de Jan.	0.50	0.50	0.50	0.50
Wien	5.91	5.93	5.91	5.93
Prag	12.56	12.60	12.54	12.58
Jugoslavien	6.82	6.84	6.82	6.84
Budapest	5.81	5.83	5.83	5.85
Sofia	3.05	3.06	3.05	3.06
Danzig	79.65	79.85	79.80	80.00

Mannheimer Produktenbörse vom 22. Jan. Weizen inländisch 26—27, ausländischer 32 bis 34, Roggen inländisch 25,5—26, ausländischer 29,26, Hafer inländisch 19—21, Hafer ausländisch 20,5—24,5, Braugerste 30,5—34,5, gelber Mais mit Sack 23,25, loses Wiesenheu unverändert, Pressstroh unverändert. Weizenmehl Spezial Null 41—43,50, Roggenmehl 37—40, Weizenkleie 15, Tendenz fest.

Spiel und Sport.

Deutsche Jugendkraft.

Die 2. Mannschaften der D.J.K. Pforzheim und D.J.K. Mühlburg stehen im 2. Bezirk in den Verbandsspielen punktgleich an erster Stelle. Beide Mannschaften treffen sich daher am nächsten Sonntag nachmittags halb 3 Uhr, auf dem Sportplatz der D.J.K. Mittelstadt im Wildpark an der Grabener Allee zum Ausscheidungsspiel. Es wird bis zur Entscheidung gespielt. Der Sieger dieses Spiels hat gegen den Meister im 1. Bezirk um die Gaumeisterschaft anzutreten. Es steht daher ein interessantes Spiel in Aussicht und ist ein Besuch dieses Spiels sehr zu empfehlen. Schiedsrichter Herr Schmidt, D.J.K. Mittelstadt.

Amtlich. Anträge für Abteilung Fußball zum Gautag sind bis längstens 1. Februar 1925 an den Gauspielwart K. Schneider, Karlsruhe, einzureichen. Auf 50 Mitglieder ist ein Vertreter zu entsenden. § 45 der Satzungen. Die Vorbesprechungen zum Gautag der einzelnen Sportarten sind am 15. Februar, vormittags 11 Uhr, im katholischen Gesellenhaus Karlsruhe, Sofienstraße 58. Wir erwarten sämtliche Vereine des Gaues Mittelbaden zum Gautag. Sch.

Sport-Vorschau.

-y- Der kommende Sonntag steht voll und ganz im Zeichen der Pokalspiele. Nur ganz vereinzelt finden in der Kreisliga Verbandsschlußspiele statt, denen im allgemeinen keine besondere Bedeutung zukommt. Das interessanteste Treffen des Sonntags findet auf dem Frankoniaplatz statt, wo der Freiburger Abstiegskandidat zum fälligen Pokalspiel gegen den Platzinhaber weilen wird. Nicht weniger spannend wird sich der Kampf auf dem Phönixstadion gestalten, wo sich der nunmehrige Kreisligaverein F.C. Mühlburg mit dem Altmeister Phönix im Privatspiel trifft. Der V.f.B. empfängt den Neuling Niederbühl, um ihm zwei wertvolle Punkte abzuknüpfen. Der spielstarke K.F.V. weilt in Freiburg, um bei dem dortigen F.C. seinen Siegeszug in den Pokalkämpfen fortzusetzen, ob es ihm gelingt ist noch fraglich. Der F.C. Pforzheim empfängt den Sportklub Stuttgart, der die Klippe des Abstiegs glücklich umschifft hat, zum Pokalspiel. Das auf den Sonntag vorgesehene Verbandsspiel F.C. Phönix — K.F.V. mußte wegen den Pokalkämpfen verschoben werden, wir werden den späteren Termin dieses Treffens noch bekanntgeben.

Wetternachrichtendienst d. bad. Landeswetterwarte

Voraussichtliche Witterung für Samstag, den 24. Januar: Ebenen leichter Nachtfrost, Höhen Temperaturumkehr, meist heiter, trocken.

Schneeberichte. Feldberg, 23. Jan., früh: lückenhafte Schneedecke, Null Grad, heiter, frischer West, Skibahn schlecht. — Titisee, 22. Jan., vorm.: 5 Grad, heiter: Eisbahn sehr gut (Spiegeleis). Sonntag, 25. Jan.: Eisfest, kein Schnee. — Triberg (Schwarzw.), 22. Jan., vorm.: verharschte Schneereste über 900 Meter, 3 Grad, heiter, windstill, Eislauf sehr gut.

Wasserstände des Rheins am 23. Jan., morgen 6 Uhr.

Schusterinsel 24, gest. 1; Kehl 142, gef. 1; Maxau 304, gef. 2; Mannheim 184, gef. 4 Ztm.

Verlegerin u. Herausgeberin: Akt.-Ges. Badenia (Wilh. Johner, Direktor). Rotationsdruck der Badenia, A.-G., Karlsruhe, Adlerstr. 42. Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: J. Th. Meyer; für Nachrichtendienst u. Feuilleton: Dr. H. A. Berger; für Lokales und Chronik: Fr. Laule, für die Anzeigen und Reklamen: Josef Ellenbast, sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Joh. Hoffmann, Berlin NW. 7, Luisenstraße 31 b.

Kath. Geschäftsgehilfinnen-Verein der Südstadt.

Wir teilen unsern Mitgliedern mit, daß die Versammlung am 28. Januar nicht stattfindet, sondern erst am 4. Februar. Der Präses.

Charles Kingsley.

Zum 50. Todestag des Dichters

am 23. Januar 1925.

Bei allen Irrtümern seines Lebens und bei allen Vorurteilen, die Erziehung und Umgebung ihm ins Herz gepflanzt hatten, ist Charles Kingsley doch immer ein ehrlicher und vom besten Willen geleiteter Mensch und Dichter gewesen. So sehr seine Einstellung gegenüber katholischen Einrichtungen und Verhältnissen bedauert und so scharf Fehlmeinungen, die ihm unterlaufen, zurückgewiesen werden müssen, so klar darf doch auch ausgesprochen werden, daß die Betrachtung dieses arbeits- und kämpfereichen Lebens, das sich wesentlich als Opfer darstellt, sicher für niemanden ohne Nutzen sein wird.

Geboren wurde Charles Kingsley am 12. Juni 1819 in Holne in der Grafschaft Devon. Er genoß seine Schulbildung vorwiegend in Kings College in London, wurde für den geistlichen Stand bestimmt und lebte nach seiner Ordinierung als anglikanischer Priester in Eversley in Hampshire mit kurzen Unterbrechungen bis an seinen Tod. In dieser freiwilligen Abgeschiedenheit entfaltet Kingsley eine rege dichterische Tätigkeit, die bald auch zu öffentlichen Anerkennungen führte und ihm Ehrungen eintrugen, von denen er die meisten aus Bescheidenheit und später auch mit Rücksicht auf seinen leidenden Gesundheitszustand ablehnte. Nur die Würde eines Hofkaplans der englischen Königin Viktoria und den Titel eines Domherrn von Westminster nahm er an, nachdem er eine kurze Zeit hindurch verwaltete Cambridger Professur aufgegeben hatte. Sein erstes Werk ist „The Saint's Tragedy", die Tragödie der Heiligen. Gemeint ist die hl. Elisabeth von Thüringen, mit deren gottgefälligem Leben sich Kingsley, freilich oft unter Benutzung außerkatholischer Quellen, eingehend befaßt hatte. Die Grundidee des Stückes ist eine Ablehnung der Askese, deren reinste und edelste Form dem Anglikaner verschlossen bleiben mußte. Dabei ist jedoch das Bild der verehrungswürdigen thüringischen Königin mit bemerkenswerter Liebe gezeichnet. Bald nach der Veröffentlichung dieses Erstlingswerkes wendet sich Kingsley sozialen Problemen zu, die ihn fortan mit fast völliger Ausschließlichkeit beschäftigen. Sein Beruf, dem er mit unermüdlichem Pflichteifer oblag, brachte ihn stark in Berührung mit den Vertretern der schwerarbeitenden und gedrückten Klassen, deren Nöte ihm tiefstes Mitleid einflößten. Zwei bedeutende Romane, „Alton Locke" und „Yeast" („Gischt"), entwerfen ein erschütterndes Bild dieses so vielfach übersehenen Elends und erregten gewaltiges Aufsehen. Unannehmlichkeiten und Anfeindungen blieben nicht aus; aber Kingsley ließ sich nicht entmutigen. Tapfer stand er zu seinen Ueberzeugungen, die allerdings maßvoll vorgetragen wurden, aber doch durch die Ehrlichkeit und Kraft, die ihnen innewohnte, tiefen Eindruck hinterließen und ihren Niederschlag auch in der Gesetzgebung fanden. -- In der Behandlung historischer Stoffe ist Kingsley weniger glücklich gewesen. Sein Hauptgebiet war und blieb das seines christlich verinnerlichten unrevolutionären Sozialismus, ein Helfenwollen aus unerschöpflicher Liebe heraus mit Zurückweisung jeder Gewalt und jedes Hasses. Ein Bestreben, dessen Reinheit und Selbstlosigkeit sich mit den sozialen Anstrengungen der katholischen Kirche, insbesondere auch der Bischöfe, vielfach berührt.

Dr. A. G. Pf.

Städt. Bekanntmachungen.

Aufnahme in die Volksschule.

Auf Beginn des neuen Schuljahres werden alle Kinder schulpflichtig die bis zum 30. April d. Js. das 6. Lebensjahr vollenden. Die Eltern oder deren Stellvertreter werden aufgefordert, ihre schulpflichtigen Kinder

am Montag, den 2. Februar 1925,

vormittags von 8 bis 12 oder nachmittags von 2 bis 4 Uhr, in einem der benachbarten Schulhäuser persönlich anzumelden. Die Anmeldepflicht erstreckt sich auch auf die Kinder, die auf Beginn des vorigen Schuljahres zurückgestellt wurden, zur Zeit erkrankt oder schwächlich und in der Entwicklung zurückgeblieben sind, sowie auf die nicht vollsinnigen (taubstummen und blinden) und die geistesschwachen, epileptischen und krüppelhaften Kinder. **Für alle Kinder ist der Geburtsschein (Stammbuch) und der Impfschein vorzulegen.** Die Anmeldung erfolgt:

A. Für die Knabenschule:

1. In der Tullaschule I (Tullastr.), 2. in der Karl-Wilhelmschule I (Karl-Wilhelmstraße 2), 3. in der Lidellschule (Markgrafenstraße 28), 4. in der Uhlandschule I (Baumeisterstr. 22), 5. in der Nebeniusschule I (Nebeniusstr. 34), 6. in der Gartenstraßschule (Gartenstr. 22), 7 in der Leopoldschule (Leopoldstr. 9), 8. in der Südendschule I (Südendstr. 41), 9. in der Gutenbergschule I (Goethestr. 34), 10. in der Mühlburgerschule I (Hardtstr. 1), 11. in der Telegraphenkaserne.

B. Für die Mädchenschule:

1. In der Tullaschule II (Tullastr.), 2. in der Karl-Wilhelmschule II (Karl-Wilhelmstraße 2), 3. in der Schillerschule (Kapellenstraße 1), 4. in der Hebel-Markgrafenschule (Kreuzstr. 15), 5. in der Lindenschule (Kriegstraße 118), 6. in der Uhlandschule II (Schützenstr. 35), 7. in der Nebeniusschule II (Nebeniusstr. 34), 8. in der Pestalozzischule (Erbprinzenstr. 18), 9. in der Gartenstraßschule (Gartenstr. 22), 10. in der Südendschule II (Graf Rhenastr. 18), 11. in der Gutenbergschule II (Kaiser-Allee 55), 12. in der Mühlburgerschule II (Hardtstraße 3), 13. in der Telegraphenkaserne.

C. Für die gemischten Schulen in den Stadtteilen Rintheim, Rüppurr, Beiertheim, Grünwinkel und Daxlanden.

Eine Berechtigung für die Aufnahme eines Kindes in einem bestimmten Schulhause kann aus seiner Anmeldung in diesem Schulhause nicht abgeleitet werden. Eltern oder deren Stellvertreter, die es versäumen, die ihrer Obhut anvertrauten Kinder zum Besuche der Volksschule anzumelden, unterliegen der Bestrafung aufgrund des § 71 des Polizeistrafgesetzbuches vom 31. Oktober 1863.

Karlsruhe, den 24. Januar 1925.

Das Stadtschulamt.

Anmeldung für die Sophienschule

Die Schülerinnen, die an Ostern 1925 in die Sophienschule eintreten wollen, haben sich am Montag, den 2. Februar, bei ihrer Klassenlehrerin zu melden. Die Sophienschule hat den Zweck, schulentlassene Mädchen von 14 bis 17 Jahren in weiblichen Handarbeiten auszubilden und ihnen das erforderliche Wissen in Berufs- und Geschäftskunde zu vermitteln. Der Unterricht umfaßt:

a) im 1 Jahreskurse: Weißnähen, Weißsticken und Flicken, Musterschnittzeichnen, Materialien- und Stoffkunde, Freihandzeichnen und Farbenlehre, gewerbliches und geschäftliches Rechnen, Geschäftsaufsätze und Buchführung, Lebenskunde, Hauswirtschaftslehre mit Pflege des Kleinkindes, insgesamt 40 Wochenstunden; b) im 2. Jahreskurs: Buntsticken und Kleidermachen, Musterschnittzeichnen, Materialien- und Stoffkunde, Kostenberechnung, Freihandzeichnen und Farbenlehre, gewerbliches und geschäftliches Rechnen, Geschäftsaufsätze und Buchführung, Lebenskunde, Hauswirtschaftslehre mit Pflege des Kleinkindes und Turnen, insgesamt 41 Wochenstunden. Aufnahme finden nur Mädchen, die die 7. und 8. Klasse der Volksschule durchgemacht und in Fleiß, Betragen und Handarbeiten die Note „gut" haben. Auswärtige Schülerinnen können nur ausnahmsweise (bei geringer Schülerzahl und genügendem Raum) aufgenommen werden. Das jährliche Schulgeld beträgt 60 Mk. Die Eltern oder deren Stellvertreter haben die Verpflichtung zu übernehmen, daß ihre Kinder die Schule 2 Jahre ununterbrochen besuchen. Ein Austritt vor Ablauf des obengenannten Zeitraums wird nur aus triftigen Gründen auf Antrag der Eltern genehmigt.

Karlsruhe, den 24. Januar 1925.

Das Stadtschulamt.

RCB GEGR. 1870

Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäftlichen Verkehrs und sichern pünktliche Erledigung der uns erteilten Aufträge zu.

Bei Spareinlagen gewähren wir bestmöglichste Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe

mit Depositenkasse am Bahnhofsplatz und Niederlassung in Mühlburg.

Hans- und Küchenmädchen sucht Städt. Krankenhaus.

Stellenvermittlung

des Augustinus-Vereins zur Pflege der kath. Presse 20. 1. 1925.

4298. **Lokalredakteur,** kath. bewährte Kraft, wirtschaftl. u. kommunalpol. Redakteur, perfekter Stenograph, gesucht von größerem Zentrumsblatt Westdeutschlands. Offerten mit Lebenslauf an General-Sekretär Dr. Paul Weilbächer, Düsseldorf, Talstr. 55.

4299. Täglich erscheinendes Kreisblatt sucht **Alleinredakteur,** zuverlässig, strebsam, mit der Zeit gehend und auf Ausbau der Zeitung bedacht. Mehrere Jahre Praxis sollen vorausgegangen sein. Angenehme selbständige Vertrauensstellung. Offerten mit Lebenslauf, Referenzen, Ansprüchen an General-Direktor Dr. Paul Weilbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

4300. **Junger, kathol. Mann, redaktionell** befähigt, zur Stütze d. Schriftleiters einer tägl. erscheinenden Zeitung in rheinisch. Kreisstadt sofort gesucht. Offerten mit Unterlagen an Generalsekretär Dr. Paul Weilbächer, Düsseldorf, Talstr. 55.

4301. Führendes süddeutsches Zentrumsblatt sucht bewährten, bes. in In- und Auslandspolitik erfahr. **2. Redakteur.** Betreffender muß in der Lage sein, den Hauptschriftleiter zu vertreten, sowie dem Blatte zeitgemäße Aufmachung und volkstümlichen Inhalt geben. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Referenzen, Lichtbild und Gehaltsansprüchen an Generalsekr. Dr. P. Weilbächer, Düsseldorf, Talstr. 55.

4302. **Akad. gebild. kathol. Redakteur,** 14 Jahre im Beruf, 37 Jahre, in ungekündigt. Stellung, sucht neuen Wirkungskreis als Hauptschriftleiter an größeren — mittlerer Zentrumszeitung ev. auch Chefredakteur. Beste Zeugnisse u. Referenzen. Antritt sofort oder später. Angebote an Generalsekretär Dr. P. Weilbächer, Düsseldorf, Talstr. 55.

4303. **Jung. akadem. geb. Mann,** Anfang 30, mit guten volkswirtsch., engl., franz. u. steuertechn. Kenntn., Stenograf. 2 Jahre im Ausland gew., repräsentationsfähig sucht Stelle als Redaktions-Volontär an kath. Zeitung. Angebote an Generalsekretär Dr. P. Weilbächer, Düsseldorf, Talstraße 55.

4304. **Politisch leitender Redakteur,** Akadem., led., einer angesehenen süddeutsch. Zentrumszeitung sucht neuen Wirkungskreis. Tüchtige redaktionelle Kraft, erfolgreicher Redner u. Organisator. Angebote an Generalsekretär Dr. P. Weilbächer, Düsseldorf, Talstr. 55.

Bucherer

empfiehlt

Rot-Weine

Burgunder Liter ℳ 1.10

Lauffener Liter ℳ 1.30

Roussillon 1923er Liter ℳ 1.40

Weiß-weine

Heiligensteiner Liter ℳ 1.—

Rappoltsweiler Liter ℳ 1.20

Alles einschließlich Steuer ohne Glas.

Alter Malaga

½ Flasche ℳ 1.80

einschließlich Glas und Steuer

Bucherer

in sämtlichen Filialen.

Seefahrt.

Junge Leute, die zur See fahren wollen, erhalt Auskunft u. Rat (mündlich u. schriftl.) durch Hermann Hamburg 19 Fach 76 Bellealliancestr. 17 2 d.

Gute Ware für wenig Geld!

Auf die noch vorrätigen Damen-, Backfisch- und Kindermäntel in Flausch und Velour de laine, Wollwesten, Jacken:

10—30% Rabatt

Frauenkostüme, Kleider, Röcke, weit geschnitten, bekannt billigst.

Gummimäntel für Damen und Herren beste Gummierung, Mk. 22.00 an.

Etwas angetrübte Volleikleider, weit unter Preis.

Rose Dentrikot -Kleider Mk. 8.50 an -Jumper Mk. 3.50 an -Prinz.-Röcke 5.50 an

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 36 :: 1 Treppe

Keine Ladenspesen. Keine Personalspesen.

Stadtanleihen Pfandbriefe

zu hohen Preisen gesucht. Angebote unt. Nr. 1208 an die Geschäftsstelle, Adlerstraße 42.

Zu verkaufen ein **gebr. Herd**

Nebeniusstr 29, III, li

20 eichene **Schlafzimmer** und **Speisezimmer**

sehr billig, in nur beste Qualität, zu verkaufen. Zahlungserleichterung. Kein Laden: nur Mühlburg, Lammstr. 51

Spezialvertrieb **Schweitzer.**

Zur würdigen Vorbereitung auf die hl. Erstkommunion empfehlen wir Dompräbendar Karl Fischer's Briefe an die lieben Erstkommunikanten.

Ein Vorbereitungsbüchlein.

80. Tausend

ungebunden ℳ —.20; kartoniert ℳ —.60 in Geschenkband gebunden ℳ 1.20.

Pressestimmen:

..... Die Briefe sind herzlich geschrieben, enthalten eine große Fülle herrlicher Gedanken und praktische Belehrungen für Erstkommunikanten. (Rosenhain).

..... Sie kommen aus einem warmen Priesterherzen und finden deshalb auch den Weg zu den Herzen der Kinder. (Liter. Rundschau, München).

..... In vorliegenden Briefen ist der Verfasser ein sicherer Führer zum großen Tag. Die Kinder werden gern und mit Nutzen diese Briefe lesen. Wir wünschen das Schriftchen in die Hand eines jeden Kommunionkindes. (Korr. für katholische Jugend-Präs.).

..... Diese inhaltsreichen Briefe eines großen Kinderfreundes und guten Seelenkenners treffen den kindlichen Ton ausgezeichnet. (Literar. Handw.).

Badenia A.-G. f. Verlag und Druckerei Karlsruhe.

BEIM FRISEUR

FINDEN SIE GROSSE AUSWAHL IN HAARSCHMUCK, KAMM- UND BUERSTENWAREN SÄMTLICHE TOILETTEARTIKEL

Carl August Nielen & Co.

liefern alle Sorten

Ruhrkohlen, Nuss- und Anthrazitkohlen, Koks

für Zentralheizungen und Hausbrand

Grudekoks, Steinkohlen- und Braunkohlen-Briketts Brennholz in bester Ware

Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstrasse 6

Fernsprecher Nr. 912 und 5165

Stadtbüro: Kaiserstrasse 118, Fernsprecher Nr. 5506

Kauft bei unseren Inserenten!

Gottesdienst-Ordnung.

St. Stephanskirche.

Sonntag: ¼6 Uhr: Frühmesse; 6 Uhr. hl. Messe mit Monatskommunion der Dienstboten; 7 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion des Müttervereins; 8 Uhr: Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Hochamt m. Predigt; ¼12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; ¾2 Uhr: Christenlehre für die Jünglinge; ½3 Uhr: Herz Mariä-Andacht; 3 Uhr: Versammlung der Dienstbotenkongregation in der Vinzentiuskapelle; 6 Uhr: Abendpredigt m. Segen. — 9

St. Vinzenziuskrankenhaus.

Sonntag: ½7 Uhr: hl. Messe; 8 Uhr. Amt.

St. Bernhardinskirche.

Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr. hl. Messe mit Generalkommunion für den Mütterverein; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Predigt und Hochamt; ¼12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre für die Jünglinge; ½3 Uhr: Vesper; 4 Uhr: Versammlung des 3. Ordens. —

St. Martinskirche (Rintheim).

Sonntag: ½9 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; 2 Uhr: Andacht.

Liebfrauenkirche.

Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: Kommunionmesse mit Monatskommunion der Frauen; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Amt und Predigt; 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; ¾2 Uhr: Christenlehre für die Jünglinge; ½3 Uhr: Vesper. —

St. Bonifatiuskirche.

Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: hl. Messe (Monatskommunion der Frauen); 8 Uhr: Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Predigt u. Hochamt; ¼12 Uhr. Singmesse mit Predigt; ¾2 Uhr: Christenlehre für die Jünglinge; ½3 Uhr: Vesper; 3 Uhr: Versammlung des Müttervereins mit Predigt u. Segen. —

St. Peter- und Paulskirche.

Sonntag: 6 Uhr Frühmesse; Monatskommunion der Frauen; ¾8 Uhr: Generalkommunion des Müttervereins; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Predigt und Hochamt; ¼12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; Kollekte für das Kerzenopfer; 2 Uhr: Christenlehre für die Jünglinge; ½3 Uhr: Herz Jesu-Andacht mit Segen. —

St. Michaelskirche (Beiertheim).

Sonntag: 6 Uhr: Beichtgelegenheit; ½7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Männer und Jünglinge; 8 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Predigt u. Hochamt; 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; ½2 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 2 Uhr: Vesper; 6 Uhr: Rosenkranz in der Kapelle.

Hl. Geistkirche (Daxlanden).

Sonntag: ¾7 Uhr: Kommunionmesse (Monatskommunion f. die Männer); 8 Uhr: Frühmesse mit Predigt; ½10 Uhr: Predigt und Hochamt; ¾11 Uhr: Christenlehre; 2 Uhr: Andacht zur hl. Familie; ½3 Uhr: Versammlung für den Mütterverein mit Predigt u. Andacht. –

St. Konradskirche (Telegr.-Kaserne).

Sonntag. 7 Uhr: hl. Kommunion; ½10 Uhr: deutsche Singmesse mit Predigt; ½3 Uhr: Vesper. — Dienstag u. Donnerstag: 7 Uhr: Schülergottesdienst. — Samstag: ½5—7 Uhr: Beicht.

Städt. Krankenhaus.

Samstag: 2—3 Uhr: Beicht.

Sonntag: ¼9 Uhr: Predigt und Singmesse.

Heilig Kreuz (Knielingen).

Sonntag: ½7 Uhr: hl. Kommunion; 10 Uhr. Predigt und Amt; ½3 Uhr: Herz Mariä-Bruderschaft; 8 Uhr: Versammlung des Müttervereins. —

Eggenstein.

Sonntag: 8 Uhr: Singmesse mit Predigt; 2 Uhr: Herz Mariä-Bruderschaft.

St. Josefskirche (Grünwinkel).

Sonntag: 6—7 Uhr: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion für den Jugend- und Männerverein und das eucharist. Männerapostolat; ½10 Uhr. Amt mit Predigt; ¾11 Uhr: Christenlehre für die Mädchen und Borromäus-Bibliothek; 2 Uhr: Vesper; 5 Uhr: Rosenkranz. — Donnerstag: 7 Uhr: Schülergottesdienst. — Samstag: nachm. 4 Uhr: Beichtgelegenheit.

St. Nikolauskirche (Rüppurr).

Sonntag: 6—7 Uhr: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse; 9 Uhr: Amt mit Predigt; ½2 Uhr: Christenlehre für Jünglinge und Mädchen; 2 Uhr: Vesper; 3 Uhr: Generalversammlung d. Müttervereins. —

Durlach.

Samstag nachmittag: 4—7 Uhr Beichtgelegenheit für die Männer, Jungmänner u. Jünglinge; 6 Uhr: Salveandacht zu Ehren der lieben Mutter Gottes.

Sonntag: ¼7 Uhr: Beichtgelegenheit für die Männer, Jungmänner und Jünglinge; 7 Uhr: Frühmesse und Generalkommunion für dieselben; ½9 Uhr: Schülergottesdienst mit Predigt; ¾10 Uhr: Predigt und Hochamt; 11 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 2 Uhr: Andacht zur hl. Familie; 8 Uhr: Versammlung des Jugendvereins im St. Josefshaus.

Bulach.

Sonntag: ½8 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Männer und Jünglinge; ½10 Uhr: Singmesse mit Predigt; 1 Uhr: Christenlehre; Vesper. — 1

Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat Juni 1924 unter Nr. 18 27[illegible] bis mit Nr. 22078 ausgestellten bzw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 10. Febr. 1925 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.

Karlsruhe, 21 Jan. 1925

Städt. Pfandleihkasse

Beim städt. Wasenmeister, Schlachthausstraße 17, befinden sich folgende Fundhunde: 2 Zwergschnauzer, m. u. w., 3 Pinscher, 2 m. u. 1 w, 1 D'Gurhaar, m., 1 Schnauzer m. u. 1 Schäferh m. Nicht innerhalb drei Tagen vom Eigentümer abgeholte Tiere werden getötet bezw. versteigert.

Karlsruhe, 23. Jan. 1925

Städt. Schlacht- und Viehhofamt.

Einheirat.

Bäckermeist., Mitte 40, led., kath., verm., gei., wünscht Einheirat in gut eingef. Bäckereigeschäft Wwe. m. K. nicht ausgeschl. Verschwiegenh. zugesich. u. vert. [illegible] Meld. unt. [illegible] 206.

Fräulein,

30 J. alt, [illegible] u. Wirtschaftsbetr. in von Schwestern geleit. Anstalt gesucht. Angeb. unter Nr. 1214 an die Geschäftsstelle.

Ein braves

Mädchen

das zu Hause schläft, zur Unterstützung der Hausfrau gesucht. Adr. zu erfrag. unt. Nr. 1216 in der Geschäftsstelle.

Husten Atemnot

Verschleimung.

Schreibe allen Leidenden umsonst gern, womit sich schon viele Tausende v. ihren schweren Lungenleiden selbst befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.

Walther Althaus, Heiligenstadt (Eichsfeld)

Das Bankhaus

Veit L. Homburger

Karlstraße 11 **Karlsruhe** Karlstraße 11

Telefon: Ortsverkehr 35, 36, 4391, 4392, 4393 Fernverkehr: 4394, 4395, 4396, 4397

besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Hochwild- und Auerhahnjagd.

Das **Forstamt Herrenwies in Forbach** (Baden) verpachtet am **Dienstag den 10. Februar 1925**, nachm. 1/2 3 Uhr im **Hotel Friedrichshof in Forbach** die Jagd auf den Gemarkungen **Herrenwies, Hundsbach** und **Lehenwald** auf 6 Jahre in 2 Losen und zwar

Los 1. **Herrenwies—Schwarzenbach** mit 1638 ha Wald und 68 ha landwirtschaftl. Gelände.

Los 2. **Eroersbronn—Hundsbach** mit 1892 ha Wald und 143 ha landwirtschaftl. Gelände.

Die Bedingungen können beim Forstamt eingesehen werden.

Ausnahme Angebote!

Glaswaren

Kompottschüsseln Satz (3 Stück) 1.25
Kuchenteller Stück 1.25 0.95
Butterdosen . . . Stück 0.75
Kompotteller . . . Stück 0.10
Faßbecher . . . . Stück 0.20
Sturzflaschen mit Becher 0.55

Steingut

Milchtöpfe weiß mit Schrift

1/2	3/4	1	1 1/2 l
0.55	0.65	0.75	1.10

Milchtöpfe Zwiebelmuster

1/2	3/4	1	1 1/2 l
0.65	0.75	0.95	1.25

Fleischplatten glatt

28	27	32	35 cm
0.30	0.40	0.60	0.85

Gemüseschüsseln oval

15	17	19	24 cm
0.25	0.30	0.40	0.65

Emaille

Waschschüsseln weiß 1.45 1.25
Milchtöpfe grau

1/2	3/4	1	1 1/2 Liter
0.35	0.50	0.65	0.75

Kaffeekannen dekoriert, m. kl. Fehlern, 1 1/2—2 Liter . . 1.45
Schüsseln weiß, rund o. viereckig

20	23	25	27 cm
0.40	0.45	0.50	0.60

Kasserollen mit Stiel . . . 0.95 0.80 0.70

Porzellan

Kindertassen m. Blumendek. 0.35
Kaffeetasse weiß, mit Untertasse . . . 0.35
Teetasse weiß, mit kleinen Fehlern 0.20
Garnitur bestehend aus 2 Dosen, Kaffee, Zucker 2 Dosen, Kakao, Tee mit Nickeldeckel u. Blumendek. } zus. 7.50
Kaffeeservice 9teilig, neue Dekors . . . 4.50

Holzwaren

Messerkasten 2 teilig . . 1.2.-
Salzfässer (2 Pfund) . . . 1.20
Spatzenbretter . . 0.60 0.50
Schneidebretter . . 1.25 0.95
Löffelhalter 0.95
Rolltischdecken gemustert

	36×25	52×36	65×42
Stück	0.16	0.28	0.40

Blechwaren

Fleischsiebe . . . 0.75 0.55
Universalsiebe mit 3 Böden 1.45 1.25
Auflaufformen . 0.95 0.55
6 Gewürztonnen Rosen od. Delftdekor mit Gestell . . . 2.75
Sand-Seife-Sodagarnit. Delftmuster 1.95
Brotkörbe rund, Japanermust. 0.95

SCHMOLLER

Guter Schlaf

ist das beste Heilmittel metallbetten für Groß und Klein, m. od. ohne Zubehör. Stahlmatratzen, an Private. Bequeme Bedingung. Katalog 74 R frei.

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.

Möbl. Zimmer

in der Nähe Adlerstr. per sofort gesucht. Angebote unter M. K. an die Geschäftsstelle des Blattes

---

Bettnässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst.

Institut Winkler, München B 40

Nymphenburgerst. 168

Strümpfe

werden zum stricken angenommen.

Maschinenstrickerei Englmann

Adlerstraße 4

Ia Bronze-Glocken

Gebrüder Bachert

Karlsruhe, Baden.

Konservatorisch gebildete Dame erteilt

Klavierunterricht

Näheres **Woll**, Kaiserallee 113.

PHANKO **Pfannkuch**

Stets frisch gerösteter

Kaffee

Pfund von **3.00** Mk. an

Phanko-Kaffee

auserlesene Mischung

1/4 Pfd.-Paket **90** Pf.

1/2 Pfd.-Paket **1.80** Mk.

Meßmer-Kaffee

allerfeinste auserlesene Mischung

1/2 Pfd.-Paket **1.90** Mk.

Pfannkuch

Täglich bis **10 M.** zu verdienen. Näh. Prosp. (mit Garantieschein). Joh. H. Schultz, Adressenverlag Köln 4 3.

Bad. Lichtspiele-Konzerthaus

Samstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr
Sonntag, den 25. Januar, nachm. 4 Uhr
und **Dienstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr**

Erstaufführung

Fröhlich Pfalz - Gott erhalt's

unter Mitwirkung des Doppelquartetts „Turnfreunde"

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstrasse. **Preise:** Mk. 1.70, 1.50, 1.—, 0.60. Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise.

Die lange gestört gewesenen Verbindungen z. Pfalz langen endlich an sich wieder zu beleben; ihrer Pflege soll obige Veranstaltung vornehmlich dienen. Wir fordern unsere Mitglieder mit Angehörigen wie alle Pfalz-Freunde zum Besuch dieser Vorführung auf.

Pfälzerwaldverein **Verein der Rheinpfälzer** **Schwarzwaldverein**
Ortsgruppe Karlsruhe

Offenburger Weinmarkt

10. März 1925, 12—3 Uhr nachmittags

Badisches Landestheater

SPIELPLAN für 24. Jan.—3. Febr. 1925.

Im Landestheater:

In der Neueinstud.:
SAMST. **König Richard d. Dritte** 7—1/2 11 U.
* F 13; Th. G., III. Sond.-Gr. (4.50)

Neueinstudiert:
SONNT. **Der Barbier v. Bagdad** 6 1/2—g. 1/2 10 U.
Oper von Cornelius

Hierauf zum ersten Mal:
Pierrots Sommernacht
Ballet-Pantomime in 1 Akt. Dichtung und Musik von Herm. Noetzel
* G 14; Th. G. 6001—6100 und I. Sonder-Gruppe (7.)

MONT. **Faust** (1. Teil) 7—g. 3/4 11 U.
Volksb. 5 (4.50)

DIENST. **Das Glöckchen d. Eremiten** 7—3/4 10 U.
* A 15; Th. G. 6101—6200, 6401—6500 (6.—)

MITTW. **Lieb rauenmilch** 7—g. 1/2 10 U.
* D 14; Th. G. 3001—3400 (4.50)

In der Neueinstud.:
DONN. **Der Barbier von Bagdad.** 7—g. 10 U.

Hierauf:
Pierrots Sommernacht
* F 14; Th. G. 7301—7900 (6.—)

FREIT. **König Richard d. Dritte** 7—1/2 11 U.
* E 15; Th. G. 6701—6800, 6901—7000, 7101—7200 (4.50)

Zum erstenmal:
SAMST. **Der Liebestrank** 7 1/2—10 U.
Groteske in 3 Aufzügen von Frank Wedekind
* Auss. Ab. Th. G. II. Sond.-Gr. (4.50)

SONNTAG **Margarete** 6—n. 9 1/2 U.
* Auss. Ab. Th. G. III. Sond.-Gr. (7.—)

MON. **V. Sinfonie-Konzert** 7 1/2—9 1/2 U.
d. Bad. Landestheater-Orchesters
Leitung: Stsatskapellmeister Alfr. Lorentz.
Solisten: Prof. Gustav Havemann-Berlin (Violine) Max Trapp-Berlin
Werke von Rosenstock, Trapp und Berlioz
Th. G. 801—1000, 1701—2000, 2001—2300 (4.50)

DIENST. **Der Liebestrank** 7 1/2—10 U.
* B 16; Th. G. 1301—1700 (4.50)

Im Konzerthaus:

Neueinstudiert:
SONNT. (25.) **Das Glas Wasser** 7—1/2 10 U.
Lustspiel nach Scribe; neue Bearbeitung v. Stockhausen.
* (3.80)

In der Neueinstudierung:
SONNT. (1. II.) **Das Glas Wasser** 7—1/2 10 U.
* (3.80)

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 24., nachm. 1/2 4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 26. an, Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th. G. jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 U.).

PHANKO **Pfannkuch**

Frisch eingetroffen:
Neue amerikan.
Dampfäpfel
Pfund **90** Pfg.

Tanz-Lehrinstitut J. Braunagel

Nowacks-Anlage 13 Telefon 5959

Beginn neuer Kurse

Einzelunterricht jederzeit

Gefl. Anmeldg. jedz. Unterrichtslokal: ob. Saal Hotel Nowac

Pianos

Uebel & Lechleiter

Allein-Vertretung

H. Maurer

Kaiserstr. 176

Pfannkuch

PHANKO **Pfannkuch**

Feinster Indischer u. Chinesischer

Tee

offen 1/4 Pfund von **90** Pf. an

Phanko- u. Meßmer-Tee

in den bekannten Packungen.

Pfannkuch

Wer über die Ereignisse des Bodenseegebietes und des bad. Oberlandes eingehend unterrichtet sein will, der bestelle die in diesen Gebieten verbreitetste Tages-Zeitung, die

Deutsche Bodensee-Zeitung

Dieselbe erscheint wöchentlich 6 Mal als Frühzeitung und verfügt über einen umfangreichen politischen und lokalen Nachrichtendienst, welcher von keiner anderen Tageszeitung dieses Gebietes erreicht wird. Infolge der großen Auflage (über 13000 Abonnenten) erzielen Anzeigen jeder Art — sichersten Erfolg. —

Verlangen Sie Probe-Nummern!

Post-Bezugspreis (mit Zustellgebühr) — — Mark 2.40 monatlich. — —

Hauptgeschäftsstelle: Konstanz a. B.

Münsterplatz 7 Telefon 43 u. 170

Geschäftsstellen in den Städten: Radolfzell, Singen a. H., Ueberlingen a. B. Stockach, Meersburg und Markdorf.

90 Trägerstellen in Landgemeinden

Colosseum

Täglich unter Anderem ab 9.30 Uhr

ASSAD

In seinem Illussionsakt.

Photograph

geübter Retuscheur, in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an

Badenia A.-G.
für Verlag und Druckerei
Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Kürzlich erschien:

Badnerland

Ein Heimatbuch von **Hans Adalbert Berger**

Mit Federzeichnungen von Wilhelm Müller und einer Kunstbeilage nach einem Gemälde von Hans Thoma. 417 S. Groß-Oktav. In Leinen geb. in Künstlerband 5.50 Mk.

„Badnerland" ist ein echtes rechtes badisches Familienbuch. Es enthält das Beste was heimische Dichter und Schriftsteller in gebundener und ungebundener Dichtung von der Heimat zu erzählen haben.

Zubeziehen durch die Sortiments-Abteilung der **Badenia** A.-G. für Verlag und Druckerei **Karlsruhe**